

Bezugspreis: Einzelheft 1,50 M., monatlich 30 M., ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Freitag, den 23. Juni 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Volk, wehr' Dich!

Abrechnung mit Katastrophopolitik und Brotwucher.

Die Hochspannung der innerpolitischen Situation kam in der gestrigen Reichstags-Sitzung zu einer scharfen Entladung.

Aus den nicht immer parlamentarischen Zurufen der Rechten war öfters das Wort 'Wahlrede' zu vernehmen.

Genosse Stampfer wies auf gewisse Bestrebungen im Rheinland hin, die darauf gerichtet sind, gegen eine neue Getreideumlage die Hilfe der Besatzungsbehörden in Anspruch zu nehmen.

Das zweite, was die Rechte so sehr in Harnisch brachte, war eine Feststellung Stampfers aus dem Auswärtigen Ausschuss.

Dagegen war bei der Schlussklärung Stampfers, die Sozialdemokratie sei jederzeit bereit, in den Wahlkampf einzutreten, bei den Bürgerlichen keinerlei Begeisterung zu bemerken.

Heute nachmittags geht die Debatte weiter. Als erster hat der Angeklagte das Wort: Helfferich!

In der gestrigen Sitzung des Reichstags erhielt vor Eintritt in die Tagesordnung Abg. Crispian (N. Soz.) das Wort zur Geschäftsordnung.

In der Besprechung der außenpolitischen Interpellationen nimmt als erster das Wort

Abg. Stampfer (Soz.)

Die Debatte, die am Mittwoch einigermaßen zusammenhanglos an uns vorüberzuckte, hat verschiedene Stoffgebiete berührt, die sich ganz deutlich in zwei Gruppen gliedern lassen.

beschränken, im allgemeinen zu erklären, daß meine Partei, wie jede Unterdrückung, so ganz besonders auch die, die am Rhein und Saar verübt wird, auf das schärfste bekämpft.

Behr. d. 12. 4. 15

Lebte herzlich Franz!

Im Angriff, auf Polen auf meine ...

Handwritten signature

Handwritten text at the bottom of the letter

der Bevölkerung der ganzen Welt längst anerkannt ist. Wir sind der Überzeugung, daß nur der Fortschritt jener Weltgewinnung der Gerechtigkeit imstande sein wird, das schamlos gebeugte Recht an Rhein und Saar wiederherzustellen.

Meine Freunde und ich sind nicht davon geneigt,

die Gefahr der Loslösung der Rheinlande als übertrieben groß zu betrachten. Wir halten es aber dennoch für notwendig, sorgfältig allen Anzeichen nachzugehen, die sich von dem Bestehen einer solchen Gefahr bemerkbar machen.

Liebste Excellenz Freih!

Im Begriff, nach Polen auf meinen Posten zurückzukehren, danke ich Gott, die Schereerei mit den Gütern und der Zivilverwaltung los zu sein.

An wen war dieser Brief gerichtet? An den Herrn Minister des Innern, Herrn v. Loebell. Ich weiß leider nicht, was er daraus veranlaßt hat.

Der Herr ist nicht deutschnational? Ich danke für die Aufklärung.

Ich danke Sie, welchen Wert diese alte Uniform noch haben kann, wenn solche Männer sie tragen dürfen.

Ich darf also, zum Zusammenhang meiner Ausführungen zurückkehrend, sagen: Schurken gibt es in jedem Stand.

Gegen den Brotwucher! Massen-Versammlungen heute, abends 7 Uhr. Niemand darf fehlen

H. Oldenburg

die rheinischen Landwirte niemals in der Vertretung ihrer Berufsinteressen jemals gehen werden, daß sie wie jener v. Oldenburg bis zum tatsächlichen Landeserrat schreiten werden.

Vor wir am Mittwoch jene Erklärungen rheinländischer Vertreter hörten, die uns alle tief ans Herz griffen, mußten wir die tänzelnde selbstgefällige, roßige Beredsamkeit des Herrn Dr. Reichert (dtsch.) über uns ergehen lassen, der sich mit dem Reparationsproblem und den uns hier besonders beschäftigenden Verträgen mit einer vollkommenen sachlichen Unwissenheit auseinandergesetzt hat. (Sehr wahr! links.) Wir haben uns wohl alle, als wir Herrn Reichert aufstehen sahen, gefragt:

#### Warum denn nicht Herr Helfferich?

Allerdings, was Herr Helfferich über diese Dinge zu reden hat, haben wir schon 42- oder 76mal gehört, und es würde nichts schaden, wenn wir es auch ein 77. Mal hören würden. Aber vielleicht kann ich das Rätsel lösen, warum Herr Helfferich sich einstweilen noch im Busch verborgen gehalten hat. (Zurufe von den Deutschnationalen: Er steht auf der Rednerliste! Warten Sie nur ab!) Ich höre, er wird später zu Wort kommen, und ich freue mich außerordentlich, daß Herr Helfferich, den ich zu meinem Bedauern nicht auf seinem Plage sehe, Gelegenheit haben wird, auf meine Frage zu erwidern, die seine Freunde ihm gewiß bereitwillig mitteilen werden. — Ich will auf gewisse Vorgänge in der vereinigten Sitzung des 7. Ausschusses und des 9. Ausschusses zu sprechen kommen, die ja auch Herr Reichert hier schon angezogen hat. Wir sprachen in dieser Sitzung über die uns auch jetzt beschäftigenden Verträge, und Herr Reichminister Dr. Rathenau erlaubte sich, Herrn Helfferich darauf aufmerksam zu machen, welche Folgen die von ihm gewünschte Ablehnung der Verträge haben würde. Herr Helfferich ergriff das Wort und sprach, wie Sie sich denken können, sehr zugegen, wie wir es ja stets an ihm gewöhnt sind. Als er aber durch Jurok immer wieder genötigt wurde, auf die Frage des Ministers Dr. Rathenau, wie es denn mit dem Londoner Finanzdiktat stünde, einzugehen, sagte er: „Ja, meine Herren, dabei würden wir auch nicht stehen bleiben.“ Als ich ihm dann zurief: „Und dann?“, da drehte sich Herr Helfferich mir zu und sagte nichts weiter als die historischen Worte, die ich im stenographischen Protokoll des Reichstages für ewige Zeit festhalten und darum wörtlich wiederholen will:

„Ja, das andere wird sich dann eben entwickeln.“

(Lebhafte Rufe: hört, hört! und Lachen links. — Gegenrufe von den Deutschnationalen.) Als ich jene Worte vernahm, war es mir, als ob ich den Geist des alten Regimes durch den Saal wandern sehe. Das ist der alte Geist der tönenden Phrase (Sehr richtig! links), der rasselnden Geste, hinter der nichts, gar nichts steht, kein Wille zur Tat, kein Plan, keine staatsmännliche Ueberlegung, kein vollstündiger Gedanke. (Lebhafte Zustimmung links.) Das ist jener Geist des alten Regimes, der zum Panthergespräch von Agadir geführt hat, das ist jener Geist, der dem Kaiser die Hand geführt hat, als er in die serbischen Dokumente im Schicksalsommer 1914 schrieb: „In den Sandhaat einmarschieren, dann ist der Klamauk fertig.“ Ja, meine Herren (nach rechts), Sie und Ihre Größen verstehen nie etwas anderes, als den Klamauk fertig zu machen. (Sehr wahr! links.) Wie man dann herauskommen soll, das überlassen Sie den anderen. (Sehr richtig! links.) (Nach rechts) Sie lachen darüber! Kennen Sie denn nicht die Urteile Ihrer eigenen Größen über diese Dinge? Wissen Sie denn nicht, daß Herr v. Tirpitz sagte, daß wir in den Krieg „hineingeschlittert“ sind? (Zuruf v. d. Deutschn.: Das war Lloyd George!) — Gewiß, Lloyd George hat es auch gesagt. Wir sind hineingeschlittert durch den Geist des alten Regimes, durch den Geist der trivialen Fahrlässigkeit, durch den Geist der großen Redensarten und der rasselnden Geste, hinter denen nichts steht.

#### Ich frage Herrn Helfferich, in was wir denn jetzt hineinschlittern sollen?

Wenn er mir keine klare Antwort darauf geben kann, dann werden wir alle feststellen müssen, daß die negative Kritik, die er übt, und die nicht fähig ist, irgendwelche positiven Ratschläge zu geben, nichts anderes ist, Herr Helfferich, als eine ganz gewissenlose Demagogie.

Wie legen denn die Dinge in der Wirklichkeit? Als Erbschaft der einzigen bürgerlichen Regierung, die die deutsche Republik bisher erlebt hat, war uns das Londoner Diktat zurückgelassen. Seitdem ist ein Jahr und ein Monat vergangen, und ich glaube, wir dürfen heute hier erklären: Kein objektiv denkender Mensch kann der gegenwärtigen Regierung das Zeugnis verweigern, daß ihre Politik im ganzen gesehen und glücklich gewesen ist, daß sie das deutsche Volk vor schweren Gefahren behütet und ihm manche Erleichterungen gebracht hat. (Sehr wahr! v. d. Soz.) Daß wir uns an diesem

Werk beteiligen dürfen, während Sie (nach rechts) Ihre demagogischen Späße rissen (Zurufe links und rechts, Unruhe), das erlaubt uns mit tiefer Genugtuung. Wir haben das Wiesbadener Abkommen im Gegensatz zu den Herren Deutschnationalen begrüßt, weil wir ein Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich lieber sehen, als irgendein anderes Abkommen, das zwischen zwei Völkern der Welt geschlossen wird. Für uns ist

#### das französisch-deutsche Problem das Zentralproblem der ganzen Welt

(Sehr gut! v. d. Soz.) und wenn es nicht in Ewigkeit so weitergehen soll, daß sich die Europäer in Intervallen von 30 bis 40 Jahren gegenseitig die Hälse abschneiden, dann muß endlich einmal irgendwie der alte Streit zwischen Frankreich und Deutschland zu Ende gebracht werden. Und darum begrüßen wir jedes Abkommen, das zwischen Deutschland und Frankreich getroffen wird. Wir haben dieses Abkommen begrüßt, weil es Geldleistungen durch Sachleistungen ersetzt, wir haben es begrüßt, weil es vor allem den Aufbau der zerstörten Gebiete vorzieht. Wir haben das Wiesbadener Abkommen begrüßt, weil wir in ihm den ersten Schritt sehen auf dem Wege, der über das Gutachten der Londoner Banken zum Gutachten des Morgan-Komitees geführt hat. Das Wiesbadener Abkommen hat dann manche Veränderung erfahren: durch das Barmens-Abkommen, durch das Gilet-Abkommen, durch die Note der Reparationskommission vom 21. März. Wir halten nicht alle diese Veränderungen für erfreulich. Wir nehmen die Verträge an, weil sie in der Richtung der von uns für richtig gehaltenen Politik liegen, und wir nehmen sie auch unter dem Gesichtspunkte an, daß sie doch alle vorübergehende Erscheinungen sind, stark dem Wandel der Zeit unterworfen. (Lebh. Zustimmung v. d. Soz.)

#### Das Londoner Finanzdiktat ist faktisch erledigt und nach ihm kommt das Finanzdiktat von New York, das die Dinge ganz anders gestalten wird.

Ich muß mich in diesem Zusammenhang noch einmal kurz an den Redner der Deutschnationalen wenden. Hat Herr Reichert, als er unsere einklagenden Kriegsgegner als Feinde bezeichnete, etwa sagen wollen, daß derjenige, der von diesen Feinden Geld nimmt, Landesverrat begeht? Hat er sagen wollen, daß sich gewisse Leute für ihre Schriften bezahlen lassen? Dann möge er sich mit dem ehemaligen Kaiser, dem ehemaligen Kronprinzen und mit Herrn Reich Ludendorff auseinandersetzen. Weiß Herr Reichert, der gestern hier so tänzelnd, so tänzelnd, so tollig von unseren „Feinden“ sprach, weiß denn der Herr, was das ist: ein Feind? Hat er im Drahtverhau gegen den Feind Posten gestanden, wie wir anderen? (Zurufe von den Deutschnationalen: Sie!) Jawohl, das habe ich getan! (Zuruf rechts: Bei der Etappe in Gajohn?) Nein, am Monzo habe ich das getan! (Unruhe und Zurufe bei den Soz.: Unverschämtes Korps!) Hat Herr Reichert jemals aus eigenem Erleben die unsäglichen Scheußlichkeiten, das tiefe Grauen kennen gelernt, das sich bei aller männlichen Tapferkeit mit jenem Begriff ewig und immer verbindet? Wir, die wir das erlebt haben, Millionen und aber Millionen, wir wollen nie wider Volk als Volk, Feind gegen Feind stehen! (Lebh. Beifall bei den Soz.) Unsere Feinde sind alle diejenigen, die den großen Gedanken der Völkervereinigung und des Völkerfriedens mit lächerlichen Phrasen, mit wüster Berührung, mit Knäppeln, Redobbern, Tauschsprüngen zu Leibe gehen. Wir hassen den Geist des Poincaré, wir hassen den Geist des nationalen Bloßes, und darum hassen und bekämpfen wir auch den Geist, der gewisse Kreise hier erfüllt. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.)

Was uns die nächsten Tage bringen werden, wissen wir nicht. Konflikte der inneren Politik kündigen sich an, die schwer lösbar erscheinen. Man spricht von einem Appell an das Volk. Das eine will ich Ihnen sagen:

Kommt es zum Kampf, der ausgefochten werden soll nicht mit den brutalen Mitteln der Gewalt, sondern mit geistigen Waffen aus dem freien Felde der Demokratie, dann werden wir mit brennender Kampfeslust in diesen Kampf hineingehen. Das ganze denkende und arbeitende Deutschland wollen wir dann anrufen gegen Sie, seine Verderber! Millionen und aber Millionen sind bereit, uns zu folgen, wenn der Ruf erschallt: Volk wach dich! (Lebh. Beifall v. d. Soz. Lärm v. d. Dnat.)

Abg. Goltsein (Dem.): Der deutsch-nationale Redner Dr. Reichert, der den Aufruf zu dieser Aussprache gab, hat die Würde wenig gewahrt. Nach dreißigjähriger vorwurfsfreier parlamentarischer Vergangenheit habe ich wohl das Recht, ein solches Auftreten eines jungen Parlamentarikers zu verurteilen. Wir halten die Sachleistungsabkommen keineswegs für ideal, aber man muß anerkennen, daß sie einen Fortschritt bedeuten.

Abg. Emminger (Vaper. Sp.) betont die Einigkeit des ganzen deutschen Volkes mit der Regierung in der Beurteilung des Un-

rechts, das im Rheinland und im Saargebiet dem deutschen Volke und der deutschen Wirtschaft angetan wird. Wir werden für die Ratifizierung des Abkommens stimmen. Die Par-

Abg. ten Hoppel (Z.) stimmt dem Sachleistungsabkommen zu, betont aber, daß damit das Reparationsproblem noch nicht gelöst sei. Abg. Dr. Breitfeld (U. Soz.): Weber mit Gewalt noch durch Volksabstimmung kann heute das Rheinland von Deutschland losgerissen werden. Wir erheben scharfsten Einspruch gegen die Vergewaltigungen im Saargebiet. Den Abkommen stimmen wir zu im Interesse einer Verständigung. Von größter Wichtigkeit ist das Verhalten der Regierung zu den neueren Plänen, die sich gegen die Zwangsanleihe richten. Unsere ganze Stellung zur Außenpolitik der Regierung ist aufs engste verknüpft mit der Finanzpolitik der Regierung. Es ist nicht Steuerdrückbergerei, wenn die Arbeiterschaft verlangt, daß die neuen Steuerlasten jetzt in erster Linie den tragfähigeren Schultern aufgelegt werden. Die Bergarbeiter unter Tage haben die Friedensleistung schon wieder erreicht. Aber sie wandern größtenteils in andere Berufe ab, weil sie dort bessere Löhne erhalten. Die Produktionsfähigkeit der deutschen Arbeiter wird am besten dadurch gefördert, daß man ihnen ein ausreichendes Quantum Lebensmittel liefert, und daß man ihre Freude an der Arbeit erhöht. (Beifall bei den Soz.) Wir verlangen Antwort auf die Frage, ob man moralische Erörterungen davon erwartet, daß der Kapp-Offizier Löwenfeld zum Schiffskommandanten gemacht wird, wenn die Regimentsfeiern, die in Wirklichkeit Appelle für die Monarchisten sind, von der Reichswehr unterstützt werden. Diese Vorgänge sind Gefahren für die Republik, und die schärfste Gefahr für die Republik ist der Reichsmehrminister Behler. (Lebh. Zustimmung bei den U. Soz.) Wir glauben an die Möglichkeit einer deutsch-französischen Verständigung und verlangen von der Regierung, daß sie eine Atmosphäre schafft, in der diese Verständigung gedeihen kann. (Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Daub (D. Sp.): Wir protestieren gegen die Behandlung des Reichstages beim Wiesbadener Abkommen. Im Rahmen des Unmöglichen führen die Abkommen nicht vorwärts, sie verzögern nur die Katastrophe um ein geringes. Deshalb lehnen wir die Verträge ab. Hierauf Vertagung. — Weiterberatung Freitag 2 Uhr.

### Kampf um die Zwangsanleihe.

Der Steuerauschuß des Reichstages begann nach Beendigung der Generalaussprache am Donnerstag die Einzelberatung der Vorlage über die Zwangsanleihe. — Im Steuerkommissionen ist die Höhe der Anleihe auf eine Goldmilliarde festgelegt worden, d. h. die Anleihe soll sich auf eine Summe erstrecken, die dem Wert einer Milliarde Goldmark gleichkommt. Nach dem heutigen Valutastand wären etwa 72 bis 75 Milliarden Papiermark in Betracht. Die Regierungsvorlage spricht von 60 Milliarden Papiermark. Die bürgerlichen Parteien haben nun das offensichtliche Bestreben, den Anleihebetrag zu fixieren und möglichst niedrig zu halten. Nachdem zunächst ein Antrag der Deutschnationalen abgelehnt worden war, der an Stelle der Zwangsanleihe eine freiwillige Anleihe setzen will, wurde auf Antrag des Volksparteilers Dr. Becker-Hessen beschlossen, im § 1 des Gesetzes die Höhe der Anleihe auf 60 Milliarden festzusetzen. Ein Antrag der Sozialdemokraten, 75 Milliarden festzusetzen, wurde gegen die Stimmen der Linken abgelehnt. Unsere Vertreter im Ausschusse veräußerten nicht, den bürgerlichen Parteien den Ernst der Stunde klar zu machen. Sie wiesen ausdrücklich darauf hin, daß in der Fraktion Einmütigkeit darüber herrsche, daß die Zwangsanleihe nicht durchlöcher und ausgehöhlt werden darf. Der ungeheuren Belastung des arbeitenden Volkes müsse ein sichtbares Opfer des Besten gegenübergestellt werden. Nicht nur die Zwangsanleihe, sondern auch die Getreideumlage und die Zustände der Reichswehr hätten eine Situation geschaffen, die bedrückend werden müsse. Die Unabhängigen traten den Ausführungen unserer Vertreter bei. Auch der Reichsfinanzminister Hermes bekräftigte verschiedentlich die Versicherungen der sozialdemokratischen Sprecher.

Bei der Beratung des § 4, der die Verzinsung der Anleihe nach Ablauf der dreijährigen zinslosen Frist regelt, verließen sich die bürgerlichen Parteien ähnlich. Die Regierungsvorlage sieht bis 1930 einen Zinsfuß von 2½ Proz. vor; der Reichstag hat 4 Proz. in Vorschlag gebracht. Die Sozialdemokratie und die Unabhängigen traten für den Regierungsvorschlag ein, dagegen stimmten die bürgerlichen Abgeordneten einschließlich der des Zentrum und der Demokraten für eine 4prozentige Verzinsung. Abg. Curtius von der Deutschen Volkspartei erlaubte sich den Spaß, daß auch eine 4prozentige Verzinsung immerhin noch „ein ganz erhebliches Opfer des Besten“ bedeute.

### Von der Halbbildung zur Volksbildung.

Von Dr. Theodor Geiger.

Wenn es richtig ist, daß die Schule dem Leben zu dienen hat, so bedarf das demokratische Staatswesen, das den Ehrgeiz hat, wirklich ein solches zu sein, anderer Schuleinrichtungen als der Obrigkeit. In diesem kommt es nur darauf an, die Angehörigen einer benutzten Klasse zu der Fähigkeit heranzubilden, andere zu beherrschen, während im Hinblick auf die Bildung der Beherrschten nur das eine Interesse besteht: daß sie beruflich tüchtig und willig seien, ihre Tätigkeit in den Diensten der sie beherrschenden Schicht zu stellen. Bildung im eigentlichen kulturellen Sinne ist ein Luxus, den die Oberschicht sich leisten kann, der sich aber bei den Unterschichten nur unter Gefahr der Auflehnung gegen das Klassenjoch verbreiten könnte.

Anderer der wahrhaft demokratische Staat; er bedarf einer Bevölkerung, in der jedes einzelne Individuum, seinen Kräften und Anlagen gemäß, sich als mitverantwortlich für das Ganze fühlt und am Gelingen des Ganzen aktiv mitarbeitet; nicht nur als wirtschaftliche Zelle in den engen Grenzen des Berufs, sondern darüber hinaus als politisch denkendes und handelndes Glied der Gesamtheit. Darum braucht der demokratische Staat mit zwingender Notwendigkeit neben den Berufs- und Fachschulen eine Hochschule, deren Aufgabe es ist, die Bildungsfähigen und nach Kultur strebenden Elemente aller Schichten unmittelbar an die Kulturwerte heranzuführen, welche die Grundlage unseres Kulturlebens bilden. Diese sozialpädagogische Funktion kommt der modernen Volkshochschule zu.

Als die für sie gegebene Form der Lehre betrachtet die Volkshochschule folgerichtig die Arbeitgemeinschaft, welche ihrerseits ihrem tiefsten Wesen nach eine demokratische Methode ist. Durch allzu vielen Gebrauch und Mißbrauch hat das Wort „Arbeitgemeinschaft“ in letzter Zeit allerdings einiges von seinem guten Klang eingebüßt; das kann aber nicht den Wert dessen mindern, was sich mit Recht „Arbeitgemeinschaft“ nennt.

Sie stellt nicht Schülern einen Lehrer gegenüber, sondern vereinigt strebende Menschen unter einem Führer. Sie will nicht programmäßig ein bestimmtes Maß von Kenntnissen und Wissen vermitteln, sondern sie versucht, Menschen zu erheben und selbstständigen Denken in allen Zweigen der Wissenschaften und Künste anzuleiten. Dabei tritt naturgemäß das Stoffliche in den Hintergrund, während der geistige Kern, das kulturelle Wesentliche im Vordergrund steht: die Problematik und der Kampf mit ihr. Besondere Aufgaben werden unterzucht, analysiert, gedeutet, gemerzt; jeder hat etwas zur Lösung der Fragen beizutragen und der beste Lehrer ist derjenige, welcher selbst am wenigsten zu erläutern und zu lehren nötig hat; er versteht es am besten, den denkenden Laien zu eigenen Erkenntnissen zu führen und ihn zur Formulierung dieser Erkenntnisse anzuleiten.

Nach und nach sind es nur wenige Menschen, die befähigt sind, einer solchen Arbeitgemeinschaft tüchtige Führer zu sein; befristetweise, da die lebende Generation von Pädagogen kaum irgendwo auf solche Aufgaben vorbereitet wurde und jeder darum aus Eigenem zu schöpfen, mühsam Erfahrungen zu sammeln hat, um schließlich den ihm hier gestellten Aufgaben sich gewachsen zu zeigen.

Auch fragt es sich, ob überhaupt — abgesehen von einem hohen Maß demokratischer Gemeinschaftsgefühls und sozialer Verantwortlichkeit — einem Pädagogen wesentliche an Ausbildung für diese Art der Lehrtätigkeit vermittelt werden kann. Denn es ist keine bestimmte, in ein Schema zu fassende, als Rezept zu formulierende Methode, welche der Arbeitgemeinschaft zugrundeliegt. Ihr Wesen besteht ja gerade darin, daß sie nicht die Individualität der Schüler im Stofflichen des Unterrichts auf eine uniforme Einheit, ein unpersonelles Gleichmaß (oder Mittelmaß) vereinigt, sondern darin, daß sie die Individualität völlig unangefastet läßt, ja, zu noch deutlicherer Prägung hinführt, indem sie neue Erkenntniswerte dem persönlichen Stempel unterwirft. Die Methode ist demnach nur zu einem Teil bestimmbar durch den Lehrstoff, in noch größerem Maße aber durch die Individualität der Hörschule. Alles Schema würde hier vernichtend wirken. Einzige allgemein sehbare Kern für diese Art der Lehre ist: Einstellung auf Problematik und Forschung.

Dazu bedürfen wir allerdings einer Auslese von Lehrern, die nicht durch irgendein Examen getroffen werden kann, das ja stets nur bestimmte Kenntnisse als vorhanden festzustellen geeignet wäre. Für diese Auslese müssen andere Gesichtspunkte maßgebend sein: vor allem in Geist und Wesen wissenschaftlicher Forschung und Problematik einführen will, muß auf dem Gebiet seines Faches selbst irgendwelche Forscher sein. Das heißt nicht, daß er ein Entdecker neuer großer Ergebnisse sein muß, wohl aber, daß er selbst in seine Wissenschaft tiefer eingedrungen ist, als durch das Erlernen ihrer Ergebnisse; diese muß er wohl beherrschen, muß aber darüber hinaus selbständiger Geist genug sein, um im Felde der sachlichen Forschung seinen eigenen Standpunkt einzunehmen und sachliche Erkenntnisse in ihren großen philosophischen Zusammenhängen zu begreifen.

Diese wissenschaftliche Forderung ist aber nur die eine notwendige Voraussetzung der Lehrbefähigung. Unter denen, welche sie erfüllen, haben wir erst die eigentliche Auswahl der geeigneten Volkshochschullehrer zu treffen; und zwar nach dem Maßstabe ihrer pädagogischen Eignung, ihrer Fähigkeit, den Kontakt mit dem Publikum der Volkshochschule zu finden, der allein es ihnen ermöglicht, Laien jene unbedingt notwendige Einstellung auf die Problematik und die weltanschaulichen Zusammenhänge der wissenschaftlichen Gedankenkomplexe zu wecken. Es wäre oberflächlich, zu glauben, man könne in dieser Art nicht mit Laien und nicht ohne einen großen wissenschaftlichen Tatsachenapparat arbeiten. Gehen wir, wie hier, vor allem in die Tiefe statt in die Breite, so kann ohne Zweifel durch einen geistig hochstehenden Lehrer die wissenschaftliche Fragestellung und der Forschergeist aus unter Verzicht auf ausgedehnte Detailkenntnisse an einer verhältnismäßig kleinen Zahl zunächst einfacher Probleme enthüllt werden, wenn diese nur mit äußerster Sorgfalt bis ins Letzte gemeinsamer Klärung unterworfen werden. Diese Arbeitsweise ist gerade das Gegenteil der zur Halbbildung führenden Populär-Wissenschaft und wird darum auch nie den Dünkel der Halbbildung züchten, sondern Achtung vor ernster, verantwortungsvoller Geistes- und Forscherarbeit wecken.

Allerdings wäre es vermessend zu glauben, daß eine solchen Methoden bildende Bildungseinrichtung Wasserzulauf haben wird. Die Fähigkeit zu selbständiger verantwortungsvoller Gedankenarbeit

ist in allen sozialen Schichten auf eine Auslese von Menschen beschränkt. Es kommt auch zunächst keineswegs darauf an, daß jeder einzelne sich in so tiefem Sinne mit den Kulturwerten vertraut macht, so sehr dies natürlich als Ideal gewünscht werden muß; nächste, weil zunächst einzig erfüllbare Aufgabe ist es, die Möglichkeit dazu den ernsthaft Strebenden aller Schichten zu bieten. Weitere Kreise wird diese neue Kulturbewegung im Volke ziehen durch das Beispiel und Vorbild eben dieser dorerer Wenigen.

Es kann darum der Wert einer auf diese hohen Kulturziele eingestellten Einrichtung, wie es z. B. in Berlin die Volkshochschule Groß-Berlin ist, nicht geschmälert werden durch den Hinweis, daß andere Einrichtungen mit anderen Zielen mehr Zuspruch finden.

Ebenso wenig kann es für die Beurteilung solcher Bestrebungen entscheidend sein, ob der Beurteiler die demokratische Staatsform vertritt oder ablehnt. Das einzig stichhaltige Argument gegen die Demokratie ist die Behauptung, die Menschen seien nicht für sie reif. Da wir die demokratische Staatsform aber haben, so muß auch ihr Gegner — wenn er nämlich ehrlich ist — jede Einrichtung begrüßen und unterstützen, welche geeignet ist, der demokratischen Idee brauchbare Gefährte, verantwortliche Träger heranzubilden. Wer sich ernsthaften und aussichtsreichen Bestrebungen dieser Art wegen ihres demokratischen Geistes widersetzt, begeht eine bewußte Unethik, handelt zum Schaden nicht nur der demokratischen Verfassung, sondern — seines nun einmal demokratisch verfaßten Volkes überhaupt.

Neue Nachrichten von Rasmussen. Der dänische Forscher Knud Rasmussen hat von seiner Fahrt nach dem nordöstlichen Amerika, der sogenannten „fünften Thule-Expedition“, ein Lebenszeichen von sich gegeben. Es ist ein Bericht, der vom September des Vorjahres, als die Reisenden auf der „Dänischen Insel“ in Ugon-Sund ihr Standquartier aufschlugen, bis zum 15. Januar dieses Jahres reicht. Aus dem Bericht geht hervor, daß die Gesellschaft ohne Unglücksfälle überwintert hat. In verschiedenen Abteilungen haben die Mitglieder ununterbrochen Rekognoszierungsfahrten gemacht, deren Ergebnisse dahin zusammenzufassen sind, daß in den Gegenden des Ugon-Sunds, der Goors-Bai, des Hurd-Kanals und der Repulse-Bai zahlreiche Spuren früherer Eskimofindungen angetroffen worden sind. Der Teilnehmer der Expedition Th. Rathenau glaubt schon jetzt aus den gemachten Beobachtungen den Schluß ziehen zu können, daß die Funde zwei Kulturstadien erschließen werden. Eine ältere rührt der Tradition der jetzt lebenden Eskimos zufolge von einer verschwundenen größeren Rasse her, die feste Winterhäuser aus Walfrischknochen und Orastorf gebaut hat. Die Häuser sind immer hoch gelegen, an Stellen, die man bei den jetzigen Wasserständen niemals gewählt hätte. Sie müssen aus einer Zeit stammen, da der Wasserstand des Meeres bedeutend höher war. Es ist nicht unmöglich, daß die primitiven Eskimos auf der Southampton-Insel die letzten Abkömmlinge dieser alten Bevölkerung sind. Die jüngere Kulturstadium wird durch die jetzt lebenden Ukiwit-Idelit-Eskimos vertreten. — Wie der Bericht weiter mitteilt, verließ der ganze Herbst, ohne daß es die Eisverhältnisse der Expedition ermöglicht hätten, mit Menschen in Verbindung zu kommen. Am 23. November unternahm Rasmussen mit seinem Begleiter Freuchen eine Reise nach der Repulse-Bai, um in Verbindung mit der dortigen Station der Hudson-Bai-Kompagnie zu kommen.

## Die Getreidevorlage.

### Besprechung in der Unterkommission.

Die Verhandlungen über den Getreidepreis gestalteten sich schwierig. Eine Verständigung auf gesunder Grundlage war nicht zu erreichen, obwohl beabsichtigt ist, die Festsetzung des Umlagepreises im Wirtschaftsjahr dreimal unter eingehender Prüfung der Verhältnisse vorzunehmen. Ueber die Höhe der Umlage konnte ebenfalls keine Einigung herbeigeführt werden. Darüber soll morgen im Ausschuss entschieden werden.

## Uebergabe der zweiten Zone.

Beuthen, 22. Juni. (WZ.) In Beobachtung wurde heute normittag auf dem Hause des Kreisinspektors die deutsche Flagge gehißt, nachdem die Fahnen der Alliierten gesenkt waren. Die Besatzungstruppen marschierten darauf aus Beobachtung ab. Morgen werden die Räumungsmassnahmen in der zweiten Zone beendet sein. Ein deutsches Reichwehrrückzugregiment zieht um 11 Uhr in Beobachtung ein. Morgen beginnen dann die Räumungsarbeiten in der dritten Zone. In dieser Zone liegen Rosenbergs, die Teile von Lublitz, Larnowitz, Beuthen, Land und Gleiwitz-Land, die sich östlich von der neuen Grenze befinden, also in polnischen Besitz übergehen. Am Sonnabend rückt die deutsche und polnische Polizei in diese Zone ein. Am 25. Juni ist Flaggenwechsel und Abmarsch der Besatzungstruppen. Am 26. ziehen deutsche Truppen in Rosenbergs ein. Der 25. Juni ist gleichzeitig der erste Tag der Räumungsmassnahmen in der vierten Zone. In dieser Zone liegen Kofel, Pleß, sowie der polnisch werdende Teil von Hindenburg.

In Kattowitz fand heute die feierliche Einführung Calenders, des Präsidenten der gemischten Kommission, statt. In Beuthen wurde Professor Kackerbeck, der Präsident der Schiedsgerichtskommission, eingeführt.

## Bombenattentate ohne Ende!

Hamburg, 22. Juni. (WZ.) Wegen die Bäckerei des freideutschen Hauses wurden heute mittag vier Sprengkörper geworfen. Der Schaden beschränkt sich auf die Zerkümmung einer Fenster Scheibe. Wie erst jetzt bekannt wird, soll vor etwa zwei Wochen ein ähnlicher Anschlag gegen die Bäckerei verübt worden sein.

## Das Hohenzollernvermögen.

Im Preussischen Landtag haben die Genossen Lüdemann und Simberg einen Antrag eingebracht, der mit der Frage der Hohenzollernabfindung in engem Zusammenhang steht. Der Antrag erjudet das Staatsministerium, dem Landtag so baldmöglichst in einer Denkschrift genaue Mitteilungen zu machen über das Ergebnis der von dem Staatsministerium durchgeführten Nachprüfung der Eigentumsverhältnisse am Hohenzollernvermögen, im besonderen über Entstehung, Wert und Ertragsverhältnisse des Vermögens, über die an Mitglieder des Hohenzollernhauses gelangten Vermögenswerte und Zahlungen sowie über die dem Staate aus dem selbigen Zustande erwachsenen Verwaltungskosten.

Was ist des Deutschen Vaterland? Dem Parlamentsjournalisten des „Tag“, Herrn J. Zimmermann, hat es der sozialdemokratische Fraktionsredner vom Donnerstag stark angetan, denn Herr Zimmermann bemerkt mit grimmiger Geste gegen ihn: „Er scheuderte wüste Anwürfe gegen den Kaiser, den Kronprinzen, gegen Ludendorff, kurz — gegen das eigene Vaterland.“ Was Kaiser, Kronprinz und Ludendorff bilden zusammen das deutsche Vaterland. Wir erlauben uns nur eine bescheidene Anfrage: Als am 9. November 1918 Kaiser und Kronprinz nach Holland auswichen, Ludendorff aber blaubebrüllt nach Schweden entfloß, — wo war das deutsche Vaterland?

Wenn Hindenburg reist. Am Donnerstag traf Generalfeldmarschall Hindenburg in Potsdam ein. Er reiste in einem Salonwagen, in dem sich zwei Eisenbahnbeamte befanden. Auf dem Bahnsteige wurde er von zwei höheren Eisenbahnbeamten empfangen. Er selbst war in Generalsuniform. Es wäre wichtig, zu erfahren, wer diese eisenbahnamtlichen Begleitungs- und Empfangsfeierlichkeiten veranlaßt hat.

Der 4. Dezember war ein großer Tag; die Reisenden sahen zum erstenmal wieder Menschen. Sie stiegen auf dem Eise auf eine ganze Karawane von Männern, Frauen und Kindern, die in phantastische Trachten gekleidet waren und wie lebende Illustrationen zu den grönländischen Märchen wirkten. Man hatte, so schreibt Rasmussen, plötzlich den Eindruck, sich in einem anderen Zeitalter zu befinden. „In dem Augenblick, da sie mich freundlich und lächelnd in einer Sprache anredeten, die ich als die eigene erkannte, begriff ich, daß sich uns da plötzlich ein neues, gewaltiges Land mit neuen Menschen und neuen Aufgaben erschloß, und ich bedauerte nur, nicht schon vor 10 Jahren hierhergekommen zu sein.“

Spanisches Kulturbild. Der König von Spanien ist in Begleitung des Ministers des Innern nach dem Gebiet von Las Hurdes in der Provinz Estramadura abgereist, auf dessen furchtbare Zustände jüngst im spanischen Parlament hingewiesen wurde. Es handelt sich bei diesem Gebiet um eine weitverlassene Gegend von 450 Quadratkilometern, teils Gebirge, teils Ebene, in der rund 8000 Menschen leben. Es gibt hier nicht eine Straße, nicht einen Arzt, nicht einen Apotheker. Die Hurdanes wohnen in elenden Erdbütten mit dem Vieh zusammen in einem Raum. Fenster, Betten oder sonstige Möbel kennen sie nicht. Sie leben abgeschnitten von der übrigen Welt. Krankheiten und Wirtschwerdandemien haben sie furchtbar degeneriert, so daß sie wissenschaftlich ein interessantes Beobachtungsobjekt sind. Während im ganzen übrigen Spanien die Sterblichkeit nur 22 vom Tausend beträgt, hat die Sterblichkeitsrate im Gebiet von Las Hurdes 92 vom Tausend erreicht. Es soll jetzt von Staats wegen eine großzügige Sanierungs- und Kolonisationsaktion eingeleitet werden.

Der Bazillus des Zahnwehes. Die Feststellung der beiden, besonderen Bazillen, die das Schleimwerden der Zähne hervorgerufen und damit die eigentlichen Urheber des Zahnwehes sind, ist jetzt drei englischen Ärzten gelungen. Die Bakterien erzeugen Säuren, die das Emaille der Zähne angreifen. Der Vorgang wurde auf die Weise studiert, daß Zähne mit den Säuren in Verbindung gebracht wurden, die durch die verschiedenen in der Mundhöhle gefundenen Bakterien verursacht werden. Die meisten dieser Bakterien konnten in Säuren, die stark genug waren, um die Zähne anzugreifen, nicht leben. Aber schließlich wurden zwei Bakterienarten festgestellt, die diese Fähigkeit besaßen. Die Bakterien, die man also als die Ursache der Zahnfäule annehmen darf, erhielten die Namen Bacillus acidophilus odontolyticus Typus I und II.

Der Prophet mit der Revolverkammer und dem Laufbar. In Nr. 282 hat Artur Hüller das Treiben des „Erzählers“ Häußer und seines Adjutanten stark ein wenig unter die Lupe genommen. Darauf antwortet jetzt der Wessing-Gehilfe stark mit einem Briefe, der nach eblernen Beschimpfungen der Sozialdemokratie mit den schönen Worten schließt: „Nicht beginne ich mit Revolvern zu schießen, sondern mir genügt, wie Sie sehen, meine Revolverkammer, um mir die Läufe von meinem Prophetenbüchsen zu blasen.“ — Ein stimmungsvolles Motto für ein modernes Heiligenbild.

Die Kammerspiele des Deutschen Theaters werden am 2. Juli mit „Raub der Sabinerinnen“ eröffnet. Hugo Halmig vom Wiener Burgtheater spielt die Rolle des Striege.

# Die Beschlüsse der 2. Internationale.

Die Londoner Konferenz der Zweiten Internationale hat bekanntlich drei Resolutionen einstimmig angenommen, über die wir bereits kurz berichteten, die wir aber nunmehr in der Lage sind, im Wortlaut zu veröffentlichen. Wir bringen nachstehend die Resolution über die

### politische Lage

zum Ausdruck:

1. Die Konferenz lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse der ganzen Welt auf den vollständigen Bankrott der kapitalistischen und imperialistischen Politik, die nicht allein den Krieg entfesselt hat, sondern außerdem sich unfähig erweist, den Frieden wiederherzustellen. Indem sie eine kapitalistische und imperialistische Politik betreiben, werden die Nationen gegeneinander aufgebracht. Wie man es in Genuea und anderorts beobachtet konnte, selbst wenn die kapitalistischen Regierungen den Frieden wünschten, würden sie durch ihr eigenes Wesen gehindert werden, ihn wiederherzustellen, so daß die Welt in die Lage zurücksinkt, in der sie sich im Jahre 1914 befand.

2. Begünstigt durch diese verworrene internationale Lage, die von den politischen und wirtschaftlichen Kivakitäten beherrscht wird, hat die Reaktion in allen Ländern eine zunehmende Tätigkeit und Kraft wieder entfaltet, die aufs schwerste die Existenz der Arbeiterklasse gefährdet. Der Achtstundentag, der in allen Industrieländern verwirklicht wurde, ist bedroht, und überall neigt man dazu, immer häufigere Abweichungen davon zu dulden, obwohl man sich ansieht, die Washingtoner Vereinbarungen über Arbeitsfragen zu ratifizieren, die dem Genfer Internationalen Arbeitsamt als Aktionsbasis dienen sollen. Es erfolgen Lohnherabsetzungen, die in keinem Verhältnis zu den elementarsten Lebensbedürfnissen stehen. Die finanziellen und persönlichen militärischen Lasten werden aufrecht erhalten und gehen in einzelnen Ländern über die Geld- und Kräfteverschleuderung der Vorkriegszeit hinaus. Die Budgets sind in fast allen Ländern im Defizit und die bestehenden Klassen bemühen sich, das Gleichgewicht wiederherzustellen, indem sie den größten Teil der Lasten auf die Schultern der Arbeiter abwälzen. Die sozialen Reformen und Volksbildungsmassnahmen werden eingestellt oder durchkreuzt unter Sparmassnahmen.

Und während sich das Elend und die Entblößung immer größerer Menschenmassen von Tag zu Tag verschlimmern, neigt die Arbeitslosigkeit dazu, eine dauernd offene Wunde in allen Industrieländern zu werden. Die Hungersnot bedroht einzelne, dezimiert andere Länder in der furchterlichsten Art, unterstügt dabei von Plagen, die man für längst verschwunden hielt, Flecktyphus, Cholera, Storbü. Europa sieht sich in seinen eigentlichen Lebenskräften unterminiert und die Arbeiter sind die ersten und unschuldigen Opfer der Ohnmacht und der Selbstsucht der kapitalistischen Regierungen.

3. Aus diesen Gründen richtet die Konferenz einen Appell an die nationale und internationale Solidarität der Arbeiter, denn die Zwietracht, die gegenwärtig das Proletariat zerreißt, ist die Ursache seiner Schwäche.

Die Konferenz erklärt sich unzweideutig für die Demokratie, die politische Freiheit, die Koalitions- und Pressefreiheit und proklamiert daher die Notwendigkeit einer demokratischen Einheitsfront der Proletarier,

um einerseits gegenüber ihren Feinden von rechts die Freiheit zu verteidigen gegen Versuche monarchistischer Restauration in den neuen Republiken Zentraluropas, und um sich andererseits gegenüber ihren Gegnern von links den Uebergriffen der Diktatur entgegenzustellen.

4. Die Konferenz brandmarkt den Wettbewerb der internationalen Trusts, die sich der politischen und militärischen Macht der Großmächte bedienen, um sich die natürlichen Reichtümer anzueignen, wie das Petroleum und andere Rohstoffe, wobei sie die elementarsten Rechte der kleinen Nationen und der nichtorganisierten Völker mit Füßen treten. Die Konferenz fordert die internationale Verteilung der Rohstoffe und der notwendigen Lebensmittel unter der Kontrolle des Völkerverbundes.

Was die Reparationen und die Befreiung Deutschlands anlangt, macht sich die Konferenz die Beschlüsse der Französischen Fünftänderkonferenz zu eigen.

5. Die Konferenz erklärt ferner, daß der Militarismus niemals Frieden und Sicherheit wird gewährleisten können. Sie appelliert vielmehr an alle ihr angeschlossenen Parteien, eine Politik der Abrüstung gemeinsam mit der Errichtung eines Völkerverbundes zu verfolgen, in dem es keinen Platz geben wird für Militärherrschaft, der demokratisch in seiner Organisation und in seiner Verfassung sein wird und aus dem keine Nation ausgeschlossen werden darf.

6. Die Konferenz ruft ferner auf zu einer internationalen Zusammenfassung der verschiedenen nationalen Aktionen durch die Presse, durch öffentliche Kundgebungen und in den einzelnen Parlamenten. Das Proletariat, das stets das Selbstbestimmungsrecht der Völker verteidigt hat, muß sich jetzt bemühen, die internationale Brüderlichkeit und Zusammenarbeit zu verwirklichen.

Die Konferenz gibt dem Sekretariat der Zweiten Internationale den Auftrag, in Verbindung mit den sozialistischen Parteien in den einzelnen Ländern zu treten, damit diese Resolution zur Ausführung gelange und dem nächsten Internationalen Kongress als Grundlage diene.

Es wurde ferner eine Resolution über die Frage der Internationalen Einheitsfront des Proletariats

und die Einberufung eines Internationalen Kongresses angenommen:

Die Konferenz bedauert lebhaft, daß trotz der aufrichtigen Bemühungen der Zweiten Internationale die einheitliche Aktion des internationalen Proletariats sogar für bestimmte Zwecke nicht verwirklicht werden konnte. Nach Anhörung des Berichtes ihrer Vertreter in der Reunionskommission billigt sie deren Verhalten.

Sie stellt weiter fest, daß das fortgesetzte Wirken der Dritten Internationale nach der Berliner Konferenz im April, die die internationale Gewerkschaftsbewegung spaltet und ihre Angriffe auf die sozialistische Internationale weiterführt, den schlechtesten Glauben beweist, der sie befehle, als sie die „Einheitsfront“ vorschlug. Sie stellt fest, daß die bei der Föhrung der politischen Prozesse in Moskau angewandten Methoden eine eklatante Verletzung der auf den internationalen Berliner Konferenzen vom April und Mai eingegangenen Verpflichtungen darstellen, und daß die Zurücknahme des vorbehaltlos abgegebenen Versprechens der Dritten Internationale, die Dokumente bezüglich Siergiens einem Ausschuss zu unterbreiten, den Beweis dafür liefert, daß die russische Regierung nicht beabsichtigt, auf ihre Politik des militaristischen Imperialismus zu verzichten.

Die Konferenz beschließt, daß sie unter diesen Umständen an keinen Versuchen mehr teilnehmen kann, mit der Dritten Internationale zu internationalen Beschlüssen zu gelangen.

Die Konferenz beklagt den Zustand der Zerrissenheit der sozialistischen Arbeiterinternationale und die Schwäche der Arbeiterklasse, die daraus entstanden ist, besonders zu einem Zeitpunkt, in dem das katastrophale Versagen des Kapitalismus auf dem politischen ebenso wie auf dem wirtschaftlichen Gebiete in der ganzen Welt ebenso katastrophal fühlbar wird. Die Konferenz erneuert hier die Bekundung ihres Willens zu handeln, um jenen Spaltungen ein Ende zu bereiten, die keineswegs das Ergebnis irgendeiner Meinungsverschiedenheit über die Fragen des Prinzips oder der Methoden darstellen und die von der Masse des Proletariats nicht begriffen werden.

Aus diesen Gründen fordert die Konferenz die Wiener Internationale Arbeitergemeinschaft auf, mit der Zweiten Internationale zusammenzuarbeiten an der Einberufung eines allgemeinen Kongresses der sozialistischen Arbeiterparteien für den 1. Oktober.

Sie beschließt aber, daß, falls die Wiener Arbeitergemeinschaft dieser Einladung keine Folge leisten könnte, die Zweite Internationale diesen Kongress selbst einberufen wird. Der Hauptzweck dieses Kongresses wird sein, die Frage zu erörtern, wie die Internationale wieder aufgebaut werden könne, damit die sozialistischen Arbeiterparteien für eine Aktion des wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbaues vereinigt werden.

Die Konferenz sendet ihre brüderlichen Grüße der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und beglückwünscht sie zu ihrem erfolgreichen Widerstand gegen die kommunistischen Spaltungversuche. Sie bedauert, daß die Gewerkschaftsbewegung sich gegen Feinde zu wehren hat, die von innen heraus gegen sie wirken und die zu dem kapitalistischen Feind hinzukommen. Sie verpflichtet sich, die Kundgebung gegen den Krieg und gegen die zum Krieg treibende Politik zu unterstützen, die von der Amsterdamer Internationale einberufen wird, und sie appelliert an die ihr angeschlossenen Parteien, den Erfolg dieser Kundgebungen zu sichern. Sie verpflichtet sich außerdem, mit der Amsterdamer Internationale an jeder gewerkschaftlichen oder politischen Aktion mitzuwirken, die notwendig sein sollte, um die Arbeiterklasse gegen die Anschläge des Kapitalismus zu schützen, um der gegenwärtigen wirtschaftlichen Not ein Ende zu machen und um Europa auf der Grundlage des ungehemmten Austausches der Produktionszeugnisse und des Friedens zwischen den Völkern wieder aufzubauen.

Es wurde schließlich in einer dritten Resolution zu dem Moskauer Prozeß ausführlich Stellung genommen. Die schändliche Prozeßführung, die niederträchtigen Angriffe der bolschewistischen Regierungspresse auf die ausländischen Verteidiger, die Einschüchterungsversuche der offiziellen Regierungsvertreter in dem Prozeß gegen den Gerichtshof, um ihn zu Todesurteilen zu veranlassen usw. wurden darin gebrandmarkt. Der Moskauer Prozeß wird darin feierlich als eine Verletzung des Rechtsgefühls des Weltproletariats und als eine Aufforderung an die reaktionären Regierungen, ähnlich zu handeln, gekennzeichnet.

## Keine Todesstrafe im Moskauer Prozeß!

Moskau, 22. Juni. (WZ.) Die Räteregierung macht bekannt, daß das in Berlin gegebene Versprechen, die angeklagten Sozialrevolutionäre auch im Falle ihrer Verurteilung nicht hinrichten zu lassen, gehalten werden wird. Das Ziel des großen Prozesses gegen die mit Frankreich verbündete Regierung Kerenski sei nicht die Hinrichtung der Sozialrevolutionäre, sondern der ganzen Welt die Verbrechen der führenden Politiker Frankreichs und ihrer russischen Bundesgenossen zu offenbaren und sie vor dem Gericht zu brandmarken. In Freisen des Justizkommissariats verkündet, daß bei der nicht mehr zweifelhaften Beurteilung der sozialrevolutionären Terroristen ihre Strafe in Lebenslängliche Verbannung ins Ausland umgewandelt werden wird.

Anmerk. d. Red.: Wir geben die Nachricht mit Vorbehalt wieder.

## Sind das die Früchte?

In der „WZ.“ macht ein gewisser W. unter Pseudonym väterlicher Obhut die ersten Scherzversuche auf dem Gebiet der internationalen Arbeiterpolitik. W. hat die erschütterliche Entscheidung gemacht, daß die Zweite Internationale vollständig unter — französischem Einfluß steht. Wie können W., dessen Ausführungen auch sonst von keiner Sachkenntnis getrübt sind, verraten, daß der größte Teil der französischen Sozialisten der Internationale 2 1/2 angehört und daß die Franzosen in der Zweiten Internationale am schwächsten vertreten sind. Daher der überwiegend französische Einfluß. W. hat Humor genug, um seine Ausführungen selbst mit einem ironischen: „Sind das die Früchte?“ zu überschreiben, was wahrscheinlich sowohl ihm selbst, als seinem väterlichen Freunde gelten soll.

## Feldmarschall Wilson ermordet.

London, 22. Juni. Der Feldmarschall Sir Henry Wilson wurde heute nachmittag auf seinem Landsitz bei London von zwei Männern erschossen.

Ueber den Ueberfall teilte Chamberlain im Unterhause mit, daß zwei bewaffnete Männer in das Londoner Wohnhaus des Generals einbrachen und ihn erschossen. Drei Polizisten wurden ebenfalls erschossen. Beide Täter sind verhaftet. Die Mitteilung rief im Unterhause Bestürzung hervor und es beschloß, sich zum Zeichen der Trauer zu vertragen.

London, 22. Juni. (WZ.) Feldmarschall Wilson ist heute nachmittag in Irland ermordet (?) worden. Der Marschall war nach Hause zurückgekehrt und im Begriff, die Haustür von innen zu schließen, als vier Schüsse schnell nacheinander auf ihn abgegeben wurden. Keiner der Schüsse traf ihn. Als das Feuer ausgehört hatte, öffnete der Marschall die Tür, um seinen Angreifern entgegenzutreten. In diesem Augenblick wurde ein fünfter Schuss auf ihn abgegeben, der ihn tödlich traf. Der Marschall brach zusammen. Drei Polizisten, die herbeigeeilt waren, wurden im Kampfe mit den Angreifern verletzt. Es verlautet, daß die Angreifer Irländer sind. Die Stadt, in der der Mord begangen wurde, ist noch nicht bekannt. (?) Man erinnert daran, daß Wilson sich seit einigen Wochen in Ulster aufhält, wohin er von der österreichischen Regierung gerufen worden ist, um die Ruhe wiederherzustellen. Er hatte sich dabei den Hof der sibirischen Republikaner zugezogen. Die Nachricht hat großes Aufsehen hervorgerufen, als sie heute nachmittag im Unterhause bekanntgegeben wurde. Lloyd George, der gerade auf eine Anfrage antworten wollte, war so erschüttert, daß er zu sprechen unfähig war. Asquith ergriff das Wort, um das Bedauern des Unterhauses auszudrücken. Er erklärte, daß Wilson einer der größten Feldherren der Welt gewesen sei.



Der Berliner Haushalt.

Zweite Beratung in der Stadtverordnetenversammlung.

Die in der Stadtverordnetenversammlung begonnene zweite Beratung des Haushaltsplanes für 1922 kam zunächst nicht weit. Trotz aller Gründlichkeit, mit der in einer langen Reihe Ausschusssitzungen der vom Magistrat vorgelegte Entwurf geprüft worden ist, hat man an scheinend in der Volksversammlung noch sehr eingehende Beratungen zu erwarten. Es war bedeutsam, daß foglich bei der Personalbesoldung, die mit an der Spitze der Erörterungen stand, die Notwendigkeit der Vereinfachung und Herabsetzung der Verwaltungskosten der neuen Einheitsgemeinde betont wurde. Beim Ernährungswesen brachte der sozialdemokratische Redner die Frage der Brot- und Kartoffelversorgung zur Sprache und veranlaßte den Magistratsdeputierten zu einer Aussprache darüber, was der Magistrat zu ihrer Sicherung für den nächsten Winter tun will.

Lante seiner Frau ist. Der Magistratsvertreter Rydahl stellte fest, daß Stadtrat Benecke dem Magistrat von Anfang an davon Mitteilung gemacht und auch an der Abstimmung im Magistrat teilgenommen hat. Der Ausschussträger, für den schließlich trotz großer Bedenken auch Stadtverordneter Wildegans (Soz.) sich aussprach, will den Ankauf nur genehmigt wissen, wenn die Besitzerin die Wertwachsteuer zahlt. Auch hier wurde die Abstimmung ausgesetzt. Darauf kehrte man zur Eatsberatung zurück und beschäftigte sich mit den Kapiteln Jugendamt und Wohlfahrtsamt; im Vordergrund der Erörterung standen die Wanderherbergen und die Geschlechtskrankenfürsorge. Die Beratung dauerte nach 1/10 Uhr fort.

Bibliotheksordnung.

Also, ich hatte mal wieder die Leihfrist überschritten und sollte, als ich das entlehnte Buch zurückbrachte, eine Buße von 1,50 Mark für meine Bummellei „erlegen“. Doch machte mir der Beamte, mich durch seine Brille anlächelnd, gleichzeitig die Eröffnung, daß ich ja Verängerung der Leihfrist für das Buch um weitere drei Wochen beantragen könne; alsdann würde ich keine Strafe zu zahlen brauchen. Ich überlegte einen Augenblick. Das Buch hatte ich ausgeliehen; es lag mir also nichts daran, es wieder mit nach Hause zu schleppen, um dann vielleicht abermals, vergehlich wie ich bin, die Frist zu überschreiten. Andererseits: 1,50 Mark. Dafür konnte man sich schon beinahe eine genießbare Zigarette kaufen. Ich überlegte — und hat um Fristverlängerung. Lächelnd machte der freundliche Beamte die nötigen Eintragungen und gab mir alsdann das Buch zurück.

Ich drehte es ein paarmal in der Hand herum und sagte, das Buch zurückreichend, mit möglichst unschuldiger Miene: „Darf ich nunmehr, nach Bewilligung der Fristverlängerung, das Buch wieder leicht zurückgeben?“ Verblüfft sah mich der Beamte über seine Brille hinweg an. Gleich darauf aber hatte er meinen rätselhaften Plan durchschaut, schob das Buch zurück und erwiderte in ernst verweisendem Ton: „Nein, das geht nicht. Das würde gegen den Sinn der Ausleihbestimmungen verstoßen. Entweder Sie behalten das Buch noch eine Weile, oder Sie geben es jetzt zurück, müßten dann aber die 1,50 Mark Strafgebu erlegen.“

Ich war ein wenig beschämt, erlaubte mir aber doch die Frage, ob die Bibliotheksordnung Angaben darüber enthalte, welches Mindestmaß eine solche „Weile“ besitzen müsse. Ich hätte nicht so fragen sollen. Der Beamte war von Haus aus zweifellos ein guter Mensch (ich verstehe mich auf Augen) und geriet nun offenbar in tiefere innere Erregung, weil er mich für einen durch und durch verdorbenen Charakter hielt. Mit nervöser Hast und kirchrotem Kopf fingerte er zwischen den Seiten der vor ihm liegenden Leihordnung herum und stieß dann, während blaue Lippe aus seinen Brillengläsern schossen, in rauhen, abgerissenen Lauten hervor: „Die Bibliotheksordnung enthält zwar, soweit mir bekannt, keine ausdrücklichen Bestimmungen über diese Frage — doch ergibt sich aus dem Geist — jawohl, aus dem Geist — übrigens, wenn Sie mit dem Herrn Direktor selbst zu sprechen wünschen — er ist heute nachmittag zwischen 5 und 6 hier —, er wird aber nur bestätigen, daß — wie gesagt, es kommt hier ausschließlich auf den Geist der Bestimmungen an, und danach müssen Sie entweder die 1,50 Mark erlegen oder das Buch vorläufig wieder mitnehmen.“

Ich hatte es inzwischen schon an mich genommen und schlich hinaus, voll Neuz, den sekundlichen Mann so schwer gereizt zu haben. Der Rest der Reststulle, an der er bei meinem Kommen gerade gegessen hatte, würde ihm nun gewiß nicht mehr schmecken. Draußen erst fiel mir ein, daß er mir doch eigentlich gar nicht gefogt hatte, welches denn nun der Geist der Bibliotheksordnung sei. Ich machte noch ein paar Besorgungen, und als ich nach etwa einer Stunde wieder an der Bibliothek vorbeikam, trat ich nochmals ein. Inzwischen hatte ein weibliches Wesen die Vberfertigung des Publikums übernommen. Ich überreichte ihr mein Buch, sie nahm es,

schah in ihre Liste nach, machte einen Vermerk und sagte: „Es ist gut“. Zu bezahlen brauchte ich nichts. — Das nächstemal will ich das Buch schon nach 1/2 Stunde zurückbringen; danach eventuell noch 1/4 Stunde usw., in arithmetischer, dem Wert „unendlich klein“ sich allmählich nähernden Progression. Ein befreundeter Rathe-mastler versicherte mir, dies sei der zuverlässigste Weg, den Geist einer Bibliotheksordnung festzustellen.

Die Unterschlagungen in der Eisenbahnhauptwerkstätte

Zu der in der gestrigen Morgenausgabe veröffentlichten Nachricht über Unterschlagungen in der Eisenbahn-Hauptwerkstätte Tempelhof teilt die Eisenbahndirektion Berlin folgendes mit: Es trifft zu, daß bei der genannten Werkstätte Unterschlagungen in wertvollen Materialien wie Kupfer, Kunstleder usw. in erheblichem Umfange verübt worden sind, die sich nach den bisherigen Ermittlungen auf mehrere Hunderttausend Mark belaufen. Keun Eisenbahnbedienstete, von denen sieben bereits verhaftet wurden, sind als Beteiligte festgestellt. Die Untersuchung wird mit größter Beschleunigung weitergeführt.

Von anderer Seite wird zu der Angelegenheit noch folgendes gemeldet: Als Vorsteher der Magazinverwaltung war vor etwa drei Jahren ein Magazinverwalter Riegel bestellt, der die Aufgabe hatte, die für den Bedarf der Werkstattribetriebe erforderlichen Werkstoffe von dem Hauptlager anzufordern und sie dann nach dem Bedarf der einzelnen Unterabteilungen zu verteilen. R. hat nun durch die Fälschung der Bücher, der Anforderungen sich in den Besitz größerer Mengen von Werkstoffen aller Art zu setzen gewußt und hat dann die überschüssigen Mengen aus dem Bereich der Werkstatt abtransportieren lassen. Hierbei handelt es sich um größere und kleinere Mengen, die seit dem Jahre 1920 nach und nach der Eisenbahnverwaltung gestohlen worden sind. Selbstverständlich konnte das Fehlen kleinerer Mengen von Werkstoffen der Werkstattleitung zunächst nicht auffallen, bis schließlich jetzt die Bormahme einer eingehenden Bücherrevision durch die Ueberwachungsabteilung der Eisenbahndirektion Berlin das Fehlen größerer Mengen von Materialien aller Art erbrachte. Auch der als Fehler beteiligte Polizeibeamte Krüger, der als Außenbeamter des 101. Polizeireviers betraut war, hat nach harinadigem Zeugnen ein umfassendes Geständnis abgelegt und seine Beteiligung an den Diebstählen in zwei Fällen zugegeben.

Alte Sünden.

Die Krankenhausnölle der Stadt Berlin.

Bei der weiteren Beratung des Krankenhaussetats im Berliner Haushaltsausschuß mußten sowohl der Magistratsvertreter wie die Redner der Linken wiederholt auf die sträflichen Verhältnisse der alten Berliner Verwaltung hinweisen. In ganz Alt-Berlin gibt es außer dem Wichow-Krankenhaus kein einziges, das auch nur einigermaßen den modernen Anforderungen entspräche. Die frühere „bürgerliche“ Medizinalverwaltung und den „bürgerlichen“ Magistrat trifft der Vorwurf, daß die Krankenhäuser jahrzehntlang nicht dem jeweiligen Stande der ärztlichen Wissenschaft entsprechend umgebaut und ausgebaut worden sind, obgleich die Stadt damals Geld hierfür hätte flüssig machen können. So bestehen z. B. — was viel zu wenig bekannt ist — in Moabit noch die Baracken des Jahres 1871 als einzige Unterbringungsmöglichkeit für die Kranken, während man für das Personal und die Schwestern allerdings Pabise aufgebaut hat. Kranke müssen hier bisweilen 1 1/2 Stunde auf die Befriedigung von Bedürfnissen warten, weil die Einrichtungen so gänzlich unzureichend sind. Seit über einem Jahrzehnt ist die alte Verwaltung nicht über „Erwägungen“ und „Baupläne“ hinausgekommen. Der Umbau ist jetzt in die Wege geleitet, und der Etatsauschuß bewilligte zwei Raten von je 10 Millionen für den Weiterbau. In den übrigen Krankenhäusern fehlt es namentlich an Bänke. Im Durchschnitt ist nicht einmal mehr eine vollstänbige Garnitur für jedes Bett vorhanden. Auch hier soll nun Abhilfe geschaffen werden.

Der Stadtkämmerer machte bei dieser Gelegenheit sehr ernste Ausführungen über den augenblicklichen Stand der städtischen Finanzen. Durch die jetzige allgemeine Teuerung sei die Finanzlage der Stadt so beengt geworden, daß der Magistrat sich unmittelbar nach Abschluß der Etatsberatungen darüber schlüssig werden müsse, an welchen Stellen er „von der Ermächtigung der Stadtverordnetenversammlung zur Ausgabe städtischer Gelder keinen

Den Anstalt bildete ein heftiger Vorstoß des Stadts. Dr. Benzl (U. Soz.) gegen den Magistrat, der die Erhöhung des Straßenbahntarifes auf 4 M. heute in Kraft gesetzt habe, ohne den Verammlungsbeschluß zu beachten, wonach die Ermäßigung des Fahrpreises für Lehrlinge und Schüler gleichzeitig mit der Erhöhung des Tarifs in Kraft treten sollte. Damit sei die Würde und Hebeil der Verammlung gröblich getränkt, der Magistrat habe gegen Treu und Glauben gehandelt. Stadtbaurat Adler und Kämmerer Rading suchten den Angriff schlecht und recht abzuwehren; die beschlossene Ermäßigung werde bis 1. Juli durchgeführt werden, bedürfe aber einiger Vorbereitung. — Dann wandte sich die Verammlung der Beratung des Stadthaushaltsplanes für 1922, und zwar zunächst der

Zentralverwaltung

und hier wieder den Gehältern der Magistratsmitglieder und der Personalbesoldung zu. Eine abschließende Berichterstattung ist nicht möglich, da alle wichtigeren Abstimmungen bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt wurden. In der Erörterung dieser ersten Kapitel spielte die vom Ausschuß dem Oberbürgermeister zugebilligte Dienstwohnung (die übrigens nicht im Schlosse Ronbisson untergebracht werden soll) eine Rolle; Kommunisten und U. Soz. lehnten sie ab, während Werten (Dem.) sich mit großer Lebhaftigkeit zu ihren Gunsten verwanlte. Bei der Personalbesoldung hat, wie Genosse Dr. Rohmann hervorhob, der Etatsauschuß den festen Willen, Sparsamkeit zu dokumentieren, in die Tat umgesetzt; es sind an den Ausgaben für Hilfskräfte und Ueberstunden 30, an dem Personaletat in den Bezirken 50, am Bureau- und Anstaltspersonal für das Jugendamt 15 Millionen abersetz, womit der Grundgedanke, daß die Einheitsgemeinde zur Vereinfachung und Herbilligung der Verwaltung den Weg ebnen soll, gleichsam programmatisch zum Ausdruck kommt. Weiter hat der Ausschuß auf Antrag der Sozialdemokraten beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, bei allen Gehaltsverhöbungen der städtischen Beamten den Altpensionären, Witwen usw. grundsätzlich jedesmal eine entsprechende Pauschalsumme auszugeben. Die U. Soz. empfahlen, die Anforderung von 76 Millionen für neue Beamtenstellen bis zur Vorlegung des Berichts des Magistrats über das Ergebnis der Revision des Personaletats und der Verteilung der Stellen zurückzuschieben, erst dem Magistrat anheimzugeben, in einem Nachtragetat Beamtenstellen nachzufordern. Die Resolution betr. die Altpensionäre wurde angenommen. — Bei den Ausgaben für die Ernährungsdeputation richtete Dr. Rohmann an den Magistrat das Ersuchen, rechtzeitig Schritte zu tun, um die

Verforgung der Bevölkerung mit Kartoffeln und Brot

zu noch erschwinglichen Preisen sicherzustellen und bei der Reichsregierung auf die Sicherung einer ausreichenden Getreidemenge zu dringen. Stadtrat Richter stellte fest, daß auch er eine Getreidemenge für nötig hält und daß somit der in diesem Punkte vom „Vorwärts“ angedeutete Zweifel unbegründet sei. Auch um die Beschaffung einer Kartoffelreserve werde der Magistrat bemüht sein. — Zwischendurch beriet die Verammlung die Magistratsvorlage, wonach das

Schulgrundstück Lütticher Straße 4

für 3 Millionen Mark angekauft werden soll. In der Aussprache ergab sich, daß Stadtrat Benecke insofern mit dem hier von der Stadt geplanten Ankauf in Verbindung steht, als die Besitzerin eine

Der Ruf durchs Fenster.

Roman von Paul Frank.

38] Ludolin ließ nicht locker. „Nun . . .“ fragte er. Der Student seufzte tief. „Nach einiger Zeit sahen wir uns täglich.“ sagte er. „Wo sind Sie mit Fräulein Dieft zusammengekommen?“ „An verschiedenen Orten.“ „Ich muß Sie zum letztenmal auffordern, präzisere Antworten zu geben, da ich weder Zeit noch Lust habe, mich auf Umwegen von Ihnen spazieren führen zu lassen.“ „Zuerst haben wir einander auf der Straße gesehen und gesprochen; später sind wir in einer Konditorei zusammengetroffen, im Laden der Frau Katharina Martinowska, in der Nähe des Nikolai-gymnasiums.“ „Und noch später?“ „Wir haben gemeinsam Theater, Konzertsäle, auch Kaffeehäuser besucht.“ „Wann ist Fräulein Dieft zum erstenmal in Ihrer Wohnung gewesen?“ Garbisander sah, wie das weiße, fast grüne Gesicht des Studenten Dmochowski sich plötzlich verfärbte, wie eine Blutwelle ihm in die Wangen schoß, die bis unter die Haarwurzeln emporstieg und ihm die Stirn übersutete, während aus seinen Augen wahre Blitze schossen. Sein Atem keuchte und seine Fäuste waren geballt. „Bei mir?“ fragte er tonlos. „In Ihrer Wohnung, meine ich.“ fügte Ludolin, hämisch lächelnd, hinzu. „Niemals!“ schrie Stanislaus Dmochowski. „Niemals!“ Erika Dieft war meine Braut und galt mir heilig!“ Er ließ sich, nach solchem Ausbruch erschöpft, bebend vor innerer Erregung, wieder auf seinen Stuhl fallen. „Sie geben demnach vor, daß Fräulein Dieft Sie niemals besucht hat?“ „Niemals! Ich schwöre es!“ „Man weiß, was von solchen Schwüren zu halten ist. Aber Sie nennen das Mädchen nun schon einige Male Ihre Braut. Ist Fräulein Dieft mit solchem Titel einverstanden gewesen?“ „Es war unsere Absicht zu heiraten.“

„Ihre Absicht, wollten Sie sagen?“ „Es war unser beider Wunsch und Wille; Erika war fest entschlossen, meine Frau zu werden.“ „Sie haben das Mädchen geschickt zu überreden verstanden.“ „Es ist ihr freier Wille gewesen, ihre unbeeinflusste Entscheidung. Sie hat es mir immer wieder gesagt, daß sie nie und nimmer den Wünschen ihres Vaters sich fügen würde.“ „Herr Dieft war demnach nicht einverstanden und anderer Ansicht als seine Tochter?“ „Allerdings.“ „Sind Sie Herrn Dieft als Schwiegersohn am Ende nicht ganz willkommen gewesen?“ „Richtig; ein Umstand, der jedoch Eritas Reigung nicht im geringsten zu ändern vermochte.“ „Sie hat sich widersetzlich gegen Vater und Mutter gezeigt, und Sie haben das Mädchen in dieser Hinsicht besträkt. Sie haben auch ferner nicht geruht und den Geist des Auftrahrs in der Brust des Mädchens geweckt und stets von neuem angefacht . . . nicht wahr?“ „Ich habe Erika Dieft lieb gehabt . . .“ „Sie haben das Mädchen verführt . . . und vom rechten Weg abgebracht. Sie haben den Ungehorsam in ihr stärker sein lassen als die guten Instinkte.“ „Nein, nein — und tausendmal nein! Erika ist von mir in keiner Stunde unseres Beisammenseins beeinflusst worden . . . denn sie ist freiwillig bei mir geblieben . . .“ „Von Ihren raffinierten Beidrugskünsten verlockt . . .!“ Garbisander hatte von all dem kein einziges Wort verstanden; trotzdem betrachtete er voll wirklichen Interesses das Antlitz des Studenten und verfolgte den unaufhörlich wechselnden Ausdruck in seinen Zügen, in denen namenlose Dual und grenzenlose Empörung sich eingemistet hatten, die miteinander rangten, die sich den Platz streitig machten. Nun sah der Hof, der tödliche Haß, ihm deutlich um die Augen, und der Blick, den er dem Präfekten zuwarf, bemühte sich gar nicht, sich zu verstellen. Dieser wurde von seiner Ruhe noch immer nicht verlassen; ihm schien vielmehr darum zu tun, den Studenten durch allerlei Fragestellung zu reizen, um ihn in den Affekt hinaufzuführen und ihn auf solche Art dazu zu bringen, sich zu verraten. „Ich habe Erika Dieft nicht betört; sie hat eingesehen, daß ihr an meiner Seite das Glück winkt, während die Pläne ihrer

Eltern ihr ein trübseiges Leben ohne freundlichen Ausblick zu vergewissern schienen . . .“ „An Ihrer Seite das Glück? An der Seite eines Niemand's, eines Habenicht's . . .?“ „Eritas Sinn ist nicht auf das Materielle gerichtet gewesen.“ „Dafür der Ihre um so mehr, nicht wahr?“ „Wir haben einander lieb gehabt; sonst nichts. An etwas anderes hat keiner von uns gedacht.“ „Das ist zumindest sehr unvernünftig gewesen; denn wenn man letzten Endes zu heiraten, einen gemeinsamen Hausstand zu gründen gedenkt . . .“ „Das wäre einzig und allein meine Sorge gewesen. Ich hatte auch schon einen brauchbaren Plan, unser beider Lebensunterhalt zu bestreiten, da ich in die Redaktion eines bedeutenden polnischen Blattes getreten wäre . . .“ „Wo sie staatsgefährliche und regierungsfeindliche, aufrührerische Artikel geschrieben hätten, nicht wahr? Ob Sie am Ende nicht auch mit der Mitgift gerechnet haben, die der alte Dieft wohl fürs erste verweigert hätte, mit der er jedoch, wie Sie wohl annehmen mußten, allmählich herausgerückt wäre, da er sein Kind doch nicht in Not und Elend lassen konnte?“ „Ich habe keinen Augenblick daran gedacht, durch Erika in den Besitz irgendwelcher Vorteile, geschweige denn in den von Geldmitteln zu gelangen. Herr Dieft selbst muß bestätigen, daß ich in einer Unterredung, die ich mit ihm hatte, betont habe, daß ich die arme, nicht die reiche Erika zur Frau haben wollte.“ „Soviel mir bekannt ist, hat diese Eröffnung zuerst nicht den geringsten Eindruck auf Herrn Dieft gemacht . . .“ „Jugegeben.“ „Herr Dieft wollte von Ihnen nichts wissen?“ „Er hat Erika den weiteren Verkehr mit mir untersagt.“ „Was ist die Folge davon gewesen?“ „Es hat sich nichts zwischen uns geändert.“ „Sie haben Ihre Verführungskünste weiter spielen lassen?“ „Ich kann nur wiederholen, was ich schon einmal gesagt habe, daß Erika, die mich geliebt, wie ich sie geliebt habe, freiwillig mit mir, bei mir geblieben ist.“ „Was mir auffällt, ist, daß Sie von Ihrer Braut stets im Perfektum sprechen! Ich habe Erika geliebt . . . Erika hat mich geliebt . . . Sie sprechen von ihr demnach wie von einer Toten . . .“ (Fortsetzung folgt.)

# Wirtschaft

## Drohende Kohlennot.

Nach den Erfahrungen der letzten Jahre hätte es im Interesse der deutschen Wirtschaft gelegen, die diesjährigen Sommermonate zur Ausfüllung der Kohlenvorräte bei den Verbrauchern, insbesondere bei der Industrie, den Verkehrsanstalten und den Gaswerken auszunutzen. Die Eisenbahn ist vorläufig durch den regen Verkehr auf den Wasserstraßen etwas entlastet und hätte verhältnismäßig leicht größere Kohlentransporte ausführen können, zu deren Erledigung im Herbst und Winter aller Voraussicht nach das nötige rollende Material fehlen wird. Die Voraussetzung einer derartigen planmäßigen Kohlenversorgung ist natürlich eine rechtzeitige Steigerung der Kohlenförderung. Bei allem Verständnis für die schwierige Lage der Bergarbeiter, die gerade dort schwerste körperliche Arbeit leisten und mit ihren Familien leben müssen, wo die Teuerung am größten ist, kann man sich doch der Tatsache nicht verschließen, daß schon sehr kostbare Zeit nutzlos verstrichen ist. Wir stehen dicht vor der Ernte und haben schon in wenigen Wochen mit einer verstärkten Inanspruchnahme des Wagensparks der Reichsbahn zu rechnen. Der Wasserstand der deutschen Flüsse hat sich in den letzten Tagen beträchtlich gesenkt, so daß die Schifffahrt in verschiedenen Landesteilen großen Schwierigkeiten begegnet. Gelingt es nicht in letzter Stunde, die Kohlenproduktion zu heben und die Vorräte bei den Verbrauchern zu vergrößern, so stehen wir im kommenden Winter vor der Gefahr von Verkehrsstörungen und Einschränkungen des Beschäftigungsgrades der Industrie infolge Kohlenmangels. Was das in einer Zeit stark fortschreitender Geldentwertung und steigender Teuerung für die Arbeiterbevölkerung bedeutet, bedarf keiner weiteren Ausführung.

Die Hauptursache des Rückgangs der Kohlenproduktion ist in der ständigen Verminderung der ohnehin nicht ausreichenden Zahl der Arbeitskräfte im Bergbau zu suchen. Im Ruhrrevier waren Ende Februar dieses Jahres noch 561 158 Arbeiter beschäftigt, bis Ende Mai dieses Jahres hatte sich ihre Zahl auf 545 640 vermindert. Demgemäß ist die arbeitsfähige Förderung von Monat zu Monat geringer geworden. Sie betrug im März dieses Jahres noch 332 362 Tonnen, im April dieses Jahres 326 637 Tonnen und im Mai dieses Jahres nur noch 310 844 Tonnen. Gleichzeitig hat sich aus den bekannten Gründen auch die Kohlenzufuhr aus Oberschlesien verringert. Die Last der Kohlennot trägt in erster Linie die deutsche Arbeiterbevölkerung. Die Gefahren liegen nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiete. Der Garantieauschuss besteht bekanntlich darauf, daß die in den letzten Monaten entstandenen Rückstände in der Zwangs-Kohlen- und Kokslieferung an die Entente in vollem Umfang nachgeliefert werden müssen. Aus diesem Grunde hat der Reichskohlenkommissar mit sofortiger Wirkung eine weitere Beschränkung des Häufenskontingents um 10 Proz. angeordnet. Den Gegnern der Erfüllungspolitik wäre es durchaus nicht unangenehm, wenn die jetzige Regierung durch weitere Störungen in den Kohlenlieferungen an die Entente vor erneute Schmierigkeiten gestellt würde. Die Bedeutung der Uberschichtenfrage im Bergbau geht also weit über die Interessen der Zechenbesitzer und Bergarbeiter hinaus, sie erstreckt sich auf den Beschäftigungsgrad und Arbeitsmarkt der gesamten Industrie und nicht zuletzt auch auf das Gebiet der inneren und äußeren Politik. Das sollte man in den zuständigen Kreisen nicht außer acht lassen.

## Der Brotwucher

Ist das Ziel der Agrarier und ihrer Helfershelfer. Propagandadienste leisten ihnen dabei ihre Presse. Vor den Reichstagswahlen von 1920 hat sie der verbrauchenden Bevölkerung „Segnungen“ des freien Handels vorgegaukelt, der Ueberfluß und billige Nahrungsmittel bringen würde. In Wirklichkeit verdanken wir dem freien Handel die jetzige Teuerung. Trotzdem versucht dieselbe bürgerliche Presse von neuem, der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen über die Folgen, die eine Beseitigung der letzten Reste der Zwangswirtschaft zeitigen muß. Indem sie das erneute Umlageverfahren bekämpft, tritt die Mehrheit der bürgerlichen Blätter für den unbeschränkten Brotwucher ein und sucht den städtischen Verbrauchern noch vorzureden, daß dieser Brotwucher ihr Heil sein würde.

### Für die Beibehaltung des Umlageverfahrens

kämpft allein mit Entschiedenheit die sozialdemokratische Presse. Der Kampf um billiges Brot kann daher nur erfolgreich geführt werden, wenn die sozialdemokratische Presse in die Hände aller Verbraucher, aller Arbeiter, Handwerker, Angestellten, Beamten usw. gelangt. Nur so kann verhindert werden, daß ein Teil der Verbraucher sich wieder vor den Karren des großagrarischen Wucherinteresses spannen läßt. Wer die

### Verbilligung des Brotes

haben will, der handelt im eigensten Interesse, wenn er für weitestehende Verbreitung der sozialdemokratischen Presse sorgt und neue Abonnenten für den „Vorwärts“ wirbt.

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einzufenden. (In Orten außerhalb Groß-Berlins ist der „Vorwärts“ bei der Post zu bestellen.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus.

Name \_\_\_\_\_  
 Wohnung: \_\_\_\_\_  
 Straße Nr. \_\_\_\_\_  
 vorn — Hof — Quergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts  
 bei \_\_\_\_\_

Gebrauch machen“ werde. Der Etatsausschuß hat auch seine Seite an denjenigen Stellen zu sparen verfehlt, wo noch Ersparnisse ohne schwere Schädigung der Allgemeinheit möglich sind. So hat er gestern 15 Millionen bei den Bureaukräften und dem Instanzpersonal des Jugendamtes gestrichen, weil der Personalbedarf und der Bureauapparat hier nach dem vorliegenden Material und den Nachprüfungen des Magistrats erheblich über das unbedingt notwendige Maß hinausging. Es sei bei dieser Gelegenheit betont, daß die Besürchtungen des Zentralverbandes der Angestellten (vergl. die gestrige Abendausgabe des „Vorwärts“) nicht zutreffend sind. Der Etatsausschuß hat nicht einseitig an Tarifangestellten gespart, sondern im wesentlichen an neuen Beamtenstellen in den Bezirken und an Ueberstundenvergütern für Beamte. Es dürfte bekannt sein, daß in allen Parteien darüber Einigkeit herrscht, in Zukunft bei allen vererbenden Betrieben keinen Beamten mehr, sondern lediglich Tarifkräfte einzustellen. Die sozialdemokratische Fraktion hat diesen Standpunkt jedenfalls von jeher vertreten und wird auch weiterhin dafür sorgen, daß jedem der beiden Teile, den Beamten wie den Angestellten, sein Recht wird.

## „Knackers“ Sterben.

### Ein mysteriöser Todesfall in der Verbrecherwelt.

Der unauferklärte Tod eines Geldschrankschneiders beschäftigt seit längerer Zeit die Kriminalpolizei. Ein bei bekannter Berliner „Knacker“ Luke, der sich meist in Stettin bei seiner Geliebten aufhielt, war seit dem 31. Oktober v. J. verschwunden. Er hatte spät abends die Wohnung verlassen, angeblich um sich Zigaretten zu holen, und war nicht zurückgekehrt. Am 25. April d. J. fand man ihn als Leiche in der Oder treibend wieder. Aus den Papieren, die man bei ihm fand, stellte man die Persönlichkeit des Toten fest. Man vermutete nun, daß er von anderen Verbrechern zur Verdunkelung irgendeiner Tat beseitigt worden sei, und die Stettiner und Berliner Kriminalpolizei beschäftigten sich mit der Aufklärung. Es wurde festgestellt, daß ein Rudolf Wichter, ein Mitglied der Weddingkolonne, Luke, am 21. Oktober v. J. von seiner Wohnung abgeholt hatten, wie man vermutete, zu irgendeinem Einbruch. Wichter aber war verschwunden und auch in Berlin nicht zu finden, bis ihn Beamte der Streife B. I. gestern in einer Berliner Schankwirtschaft ermittelten und festnahmen. Er gibt zu, mit einem anderen, den er dem Namen nach nicht kennen will, Luke abgeholt zu haben, bestreitet aber, ihm etwas angetan zu haben. Wie er sagt, hatte Luke in Stettin einen Geldschrankschneiderei bei der Schlesienschen Dampferkompagnie ausgeführt. Alle drei machten sich in jener Nacht daran, ihn auszuführen. Zunächst mußten sie wieder umkehren, weil die Wache sie verwehrt. Sie suchten sie mehrere Lokale und um zwei Uhr nachts machten sie sich dann angetrunken wieder auf den Weg. Diesmal gelang es ihnen auch, einzubringen. Während Luke draußen am Bollwerk, auf dem mehrere Häuser standen, aufpaßte, bemühten sich die beiden anderen im Kontor zwei Geldschränke aufzubrechen. Als der Morgen anbrach mußten sie ohne Beute abziehen. Luke, der zwischen den Häusern und der Quaimauer auf einem nur ¼ Meter breiten Raum gestanden hatte, war sehr verärgert. Wichter behauptet, daß er in der Trunkenheit ins Wasser gefallen sei.

## Umbenennung der Straßen.

Der amtliche Preussische Pressedienst erfährt vom Berliner Polizeipräsidenten folgendes: Die von einigen Blättern gebrachte Mitteilung, der Antrag der Neuköllner Bezirksverammlung auf Umbenennung der Kaiser-Friedrich-Straße in „Hebel-Allee“ sei von dem Polizeipräsidenten abgelehnt worden, trifft in dieser Form nicht zu. Ueber die Um- und Neubenennung von Straßen und Plätzen Groß-Berlins, wie sie die notwendige Folge der Bildung des neuen Stadtbezirks Berlin und der dadurch veranlaßten Vermehrung der Doppelbenennungen geworden ist, soll vielmehr noch einem umfassenden einheitlichen Plan und gleichzeitig für alle in Betracht kommenden Straßen und Plätze entschieden werden. Zu diesem Zwecke wird der Magistrat dem Polizeipräsidenten an der Hand eines alle Um- und Neubenennungen enthaltenden Verzeichnisses Vorschläge machen. Vor der Entscheidung über diese Vorschläge den Anträgen einzelner Bezirksvertretungen auf Umbenennung bestimmter Straßen zu entsprechen, erscheint hiernach natürlich nicht angezeigt.

## Kirchenzeit und Straßennunfälle.

Die Zeit der Kirchenreise ist da und mit ihr eine alte, unausrottbar scheinende Unsitte der Berliner, die heute, angesichts der Tausende von Kriegsbeschädigten, die in den Berliner Straßen zu gehen gezwungen sind, zu einer ersten Gefahr, vor allen Dingen für die Beinbeschädigten, geworden ist. Trotz des diesjährigen verhältnismäßig hohen Kirchenpreises werden, wie man sich täglich überzeugen kann, die Früchte gekauft und sofort auf der Straße verzehret. Leider kümmert sich niemand der Genießenden darum, wo die Rückstände bleiben. Daher bittet die Wirtschaftliche Vereinigung der Kriegsbeschädigten und Kriegerverwunderten darum, im Interesse der Kriegsbeschädigten, von denen schon mancher durch Obstreste in den Straßen unglücklich zu Fall gekommen ist, von dieser Unsitte zu lassen und die Obstreste zu sammeln, damit sie nicht die Ursache von Unfällen für Beinbeschädigte und Amputierte werden.

## Teuerungszuschüsse für Kriegsopfer.

Nach einem neuerdings ergangenen Erlaß des Reichsarbeitsministers können Kriegsbeschädigte, die eine Rente von weniger als 50 Proz. beziehen (Reichsbeschädigte) und erwerbsfähige Witwen auf Antrag, der bei der örtlichen Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegerverwunderten zu stellen ist, vom 1. Juli 1922 ab ebenfalls Teuerungszuschüsse erhalten, wenn sie trotz eigenen Bemühens und trotz der Mitwirkung der Fürsorgestelle eine regelmäßige Erwerbstätigkeit nicht haben aufnehmen können und wenn sie neben der Rente kein Einkommen (aus Arbeit, Kapitalzinsen, Pensionen usw.) haben, das die jeweiligen Höchsthöhe der Erwerbslosenunterstützung um mehr als die Hälfte übersteigt. Es erhalten monatlich a) wenn das sonstige Einkommen (ohne die Versorgungsgebühren) die jeweiligen Höchsthöhe der Erwerbslosenunterstützung nicht übersteigt: Reichsbeschädigte 360 M. und außerdem, wenn sie für Kinder zu sorgen haben, für jedes Kind einen Zuschuß von 120 M., erwerbsfähige Witwen 320 M., b) wenn das sonstige Einkommen (ohne die Versorgungsgebühren) die jeweiligen Höchsthöhe der Erwerbslosenunterstützung um nicht mehr als die Hälfte übersteigt: Reichsbeschädigte 180 M. und außerdem, wenn sie für Kinder zu sorgen haben, für jedes Kind einen Zuschuß von 60 M., erwerbsfähige Witwen 160 M. Die Teuerungszuschüsse können auch Empfänger eines Ueberzahlungsgeldes und Empfängerinnen einer Witwenbeihilfe gewährt werden; sie werden durch die zuständigen Fürsorgestelle gezahlt.

Der Magistrat beabsichtigt, aus Anlaß der bevorstehenden 40 Proz. Erhöhung des Ausgleichszuschusses den Ruhegeldempfängern und Hinterbliebenen städtischer Beamten und Angestellten einen Vorschub zu gewähren, der beschleunigt festgesetzt und ausgezahlt werden soll.

Erhöhung des Wasser- und Elektrizitätspreises. Der Magistrat hat beschlossen, den Wasserpreis auf 3,50 M., den Preis des elektrischen Lichtes auf 10 M. zu erhöhen. Es ist dabei über die Vorschläge der Werkdeputation hinausgegangen, um die seitdem neu hinzutretenden Erhöhungen der Kohlenkosten und Frachten zu berücksichtigen. Der Stadterordneten-Versammlung werden sofort Dringlichkeitsvorlagen unterbreitet werden.

Begehänge in der Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt. Das befreilichige Ergebnis des in der Ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg (Braunhoferstr. 11/12) veranstalteten Lehrgangs für Hilfsbeamte der Gewerbeaufsicht, an dem 33 Beamte aus den verschiedenen deutschen Ländern teilnahmen, veranlaßt das Reichsarbeitsministerium, weitere gemeinsame Lehrgänge einzurichten. Für den Herbst ist zunächst Anregungen aus den beteiligten Kreisen folgend, ein Lehrgang für die Hilfsbeamtinnen der Gewerbeaufsicht in Aussicht genommen. Neben den gezielten Bestimmungen für die Gewerbeaufsicht, den Maßnahmen für den Schutz der Arbeiter gegen die Gefahren gesundheitlicher Art und den Grundzügen der Volkswirtschaft sollen die Bestimmungen für den Schutz der Frauen, Kinder- und Hausarbeit in besonderen Vorträgen behandelt werden. Die Vorträge werden durch Führungen durch die Ständige Ausstellung, die bei dem letzten Lehrgang als besonders lehrreich anerkannt wurde, sowie durch Besuche industrieller Anlagen und geeignete Filmvorführungen ergänzt werden.

Vorkurse für Ruhegeldempfänger. Damit auch die Ruhestandsbeamten usw., soweit möglich, schnell in den Genuß der ihnen vom 1. April und 1. Mai 1922 an zustehenden Erhöhung ihrer Versorgungsgebühren treten, sind die Zahlstellen der Eisenbahnverwaltung, wie man uns schreibt, angewiesen, den Ruhegeldempfängern, Wartegeldempfängern und Hinterbliebenen sofort einmalige Vorkurse auf diese Erhöhung zu zahlen. Ausgenommen sind die Empfänger, denen die Versorgungsgebühren nur auf bestimmte Zeit oder nur nach den Satzungen ehemaliger Privatbahnpensionenkassen bewilligt worden sind. Die Gebühren dieser Empfänger werden indes vorzugsweise umgerechnet werden, sobald die allgemeinen Anweisungen ergangen sind.

Ehemalige Neuköllner Kriegsgefangene, die zurzeit arbeitslos sind, können sich zur Empfangnahme von Liebesgaben (Zigaretten, Zigarren) unter Vorlegung der Erwerbslosen-Stempelfarte sowie ihrer Militärpapiere im Rathaus, 1 Tr., Zimmer 170 — frühere Kriegsgefangenen-Heimkehrstelle — melden.

Das Stadtbath Friedrichshain, an der Schillingstraße, ist für Kinder unter 14 Jahren an den Sonnabenden nur noch von 12 bis 3 Uhr nachmittags geöffnet.

Gewerbe-Vorber Meister spricht anlässlich einer Sonnwendfeier, die am Sonntag, den 25. Juni, in der Schillingstraße stattfinden wird, die „Wollkommenen“. Die Veranstaltung geht von der Vereinigung der Freunde von Religion und Kultur aus. Die Abfahrt nach Hirschberge erfolgt 9.42 vom Bahnhof Charlottenburg aus. Proviant ist mitzubringen.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

12. Kreis Kempthof, Freitag, den 23. Juni, 6 Uhr, findet in Mariendorf in der Aula des Gymnasiums am Bahnhof Mariendorf eine Kreisparteiverammlung statt. Tagesordnung: Die Parteiprogramme.

Charlottenburg-Spannau, jeden Sonnabend von 5-7 Uhr findet in Charlottenburg, Postamtstr. 3, die juristische Sprechstunde statt.

### Morgen, Sonnabend, den 24. Juni:

57. Vst. Charlottenburg, 1. Gruppe: 7 1/2 Uhr Funktionärsführung bei Rappahin, Rammes Str. 47.

58. Vst. 123. Kreis Nord-Süd, 9 Uhr im Restaurant Consouvi Vortrag der Gewerkschaftsmitglieder über das „Reichsversicherungsrecht“.

121. Vst. Arbeitervereine, 8 Uhr bei Buntert, Ullandstr. 41, Funktionärskonferenz.

141. Vst. Rosenhöl, 7 Uhr wichtige Funktionärskonferenz bei Mühlrad, Weidnerstr., Ecke Kronprinzengasse.

12. Vst. Sonntag, den 25. Juni, Herrensport bei Neuenhagen-Strausberg. Treffpunkt früh 6.15 Uhr Bahnhof Pankow.

59. Vst. Arbeitervereine, Sonntag, den 25. Juni, 12 Uhr, Brombeerenkonzert in den Parkanlagen am Teichpark zum Gedenken der Kinderkriegerkämpfe unter Mitwirkung des Frauen- und Mädchenvereins sowie des Männerchors „Einigkeit“, des Gesangsvereins „Lieberhain-Trojaner“ und der Arbeitervereine.

60. Vst. Mariendorf, Der SPD-Sängerkreis Mariendorf veranstaltet am Sonntag, den 25. Juni, einen Familienausflug nach Heiligensee a. d. Havel. Treffpunkt früh 8 Uhr Charlottenburg, Ecke Glensdorfer Straße. Parteigenossen mit Familien willkommen. Für Kochzettel Treffpunkt Reih. Schwelgerhof in Heiligensee.

## Sport.

Fußball Süd gegen Norddeutschland 1: 0. Im Aufschubungsziel um den „Kampfbote“ haben auf dem Rasen des Stadions die Süd- und Norddeutschen im letzten Kampf gegeneinander. Beide Mannschaften hatten sich in der ersten Halbzeit im Wettkampf einigermassen gleichgestellt. Der zweite Halbzeit war von Anfang an auf beiden Seiten klar und lebhaft. Die aus dem Norden kamen als vor das Tor der Süddeutschen trugen und schufen gefährliche Situationen, die aber harmlos ausliefen, da die Hamburger von einem schweren Schicksal verfolgt waren. Hilfflos lief das Spiel hin und her, bis die Süddeutschen vermehrte ihres engeren Zusammenhanges, etwas das Ubergewicht erzielten und kurz vor Halbzeit aus einem Gewühl vor dem norddeutschen Tor in die Netze schenken konnten. In der zweiten Halbzeit schied in der Hand und letzten das Spiel im Felde. Er leitete sich vorzügliches und war weiter im Laufe. Die Süddeutschen blieben sich nach Halbzeit mehr in der Hälfte der Nordmannschaft, die das rasche Tempo, das die Rückkehrer anschlugen, nicht ganz durchhalten konnten. Der Sturm der Norddeutschen war vor dem Tor der Gegner überaus gefährlich. Die Verteidigung war auf beiden Seiten von großer Schußkraft und erzielte mit den Torwächtern manchen gefährlichen Augenblick.

### Fußball Westdeutschland—Berlin 2: 0.

Berlin war auch diesmal wieder gegen Westdeutschland im Nachteil. Trotz im Spiel, ohne Angriffsvermögen, ohne Zusammenhänge schloßen sie planlos den Gegnern den Weg auf die Netze. Die Gäste aus dem Westen waren stark, hatten eine gute Hintermannschaft und stürmten aus eingetakteten Stürmern. Der letzte Augenblick des Westdeutschen war vorzüglich auszuführen. Der Mittelstürmer Büncher lief mit dem Ball durch die Abwehrreihe der Berliner bis vor die Verteidigung und gab zum halbrechten Ecke eine Flanke, die er annahm und mit einem unglücklichen Schuß das Tor in die Netze schenkte. Kurz nach dem folgenden Anstoß brachte Berlin das Spiel in die Verteidigung der Westdeutschen, die aber dem Sturm den Ball abnahmen und den eigenen Rückraum überließen. Einen langen Schuß zu Ende vermittelte er drei Minuten nach dem ersten Tor wieder zu verzeichnen. Nach Halbzeit erzielten die Berliner noch mehr, die sich auf ihren Toren Schwelger und die Verteidigung verteilten. Das überhöhlige Spiel gegen die Westdeutschen wurde von den besseren Westdeutschen geistig in die Schranken zurückgewiesen.

Am heutigen Freitag findet das Endspiel um den „Kampfbote“ zwischen Süd- und Westdeutschland im Stadion statt. Beide Mannschaften sind als Sieger die letzten Gegner, die nach dem blauen Gezeigten vorzüglichem Sport vorführen. Das Endspiel um die deutsche Meisterschaft zwischen Hamburg H. S. V. und dem A. F. C. Nürnberg findet am 9. Juni in München-Gladbach statt.

### Rennen zu Ruhleben am Donnerstag, den 22. Juni.

1. Rennen. 1. Wedra (Eitger), 2. Diefel G. (F. Schmidt), 3. Tello (Steinmetz). Tot: 18:10, Pl.: 18, 16, 19:10. Ferner liefen: Adler, Tullus I., Kocuna, Kronprinz I., Long Grisch, Gullhas, Gertrud Dingen, Jankunst, Rorlfon I., Kamelle I.
2. Rennen. 1. Nidalos II (Baade), 2. Diomedes (Wittenfeld), 3. Ottomar (Herm. Schulerer). Tot: 118:10, Pl.: 25, 17, 15:10. Ferner liefen: Jank II, Flora Dingen, Dingen jr., Dandstreich, Amorette, Rafael, Billy I., Favorita 2., Diene II, Edelbert, Hilfelmina, Jenuval, Duadeo (als 2. Disqua., 50 Proz. der Platzwetten zurück).
3. Rennen. 1. Jenie (Höbe), 2. Gun Baron (Hudlmeyer), 3. Carstenfels (Himmeling). Tot: 392:10, Pl.: 69, 26, 23:10. Ferner liefen: Ritter, Riche, Topinambur, Blaque (Disqua.), Schlops, Nibel, Fremoline, Paradies G., Alkerton, Gylina, Dr. Freyhburg, Gladum, Harald I., Clara I. Dada.
4. Rennen. 1. Felix Adde (Ringlud), 2. Carl Eugen (Kraus), 3. Palmer N. (Hans Schulerer). Tot: 20:10, Pl.: 13, 17, 20:10. Ferner liefen: Jank II jr., Hochkoper, Bella Damsen, Blauweife, Florentiner.
5. Rennen. 1. Bärbel (Großmann), 2. Gläsmädel (Kreuzfeld), 3. Mädchen R. (Wielener). Tot: 12:10, Pl.: 11, 12:10. Ferner lief: Felix Ludw.
6. Rennen. 1. Bala Wtl (Großmann), 2. Gerard H. (F. Schmidt), 3. Brahmädel (Ringlud). Tot: 82:10, Pl.: 17, 14, 20:10. Ferner liefen: Belt, Drauhänger, Jank II, Gudrun II, Monarch (Disqua.), Feula Dillon.
7. Rennen. 1. Angriff (Steinmetz), 2. Mikatros (Ringlud) 3. Wambred (Reinhold). Tot: 142:10, Pl.: 81, 20, 14:10. Ferner liefen: Wataber I., Waffsch, Napier III, Webdinen, Aulertrud, Wambier, Wambier I., Dünaburg, Erpbring, Barde, Dr. Gesske, Nilton, Profusa.
8. Rennen. 1. Wdt. 1. Rosant (Schuler), 2. Rindling (Ritter), 3. Behneise (Ringlud). Tot: 156:10, Pl.: 36, 61, 28:10. Ferner liefen: Plankriele, Ledda Reg. Corina, Imperator, Nig Gregor, Eward I., Roslug, Libelle V., Siegmund Silber.

Weiter bis Sonnabend mittag. Hiemlich warm, nur zeitweise kälter, geringe Regenfälle, viel Wind, mäßige westliche Winde.

# Braun für den Einheitsstaat.

Am weiteren Verlauf seiner Rede führte Ministerpräsident Braun in der gestrigen Bundtagssitzung aus: An dem gesunden, wahrhaft deutschen Sinn der rheinischen Bevölkerung werden alle Bestrebungen auf Lösung dieser wertvollen Provinz aus unserem Staatsgefüge scheitern. Diese Erkenntnis ist wertvoll, besonders in diesen Tagen, wo sich der schmerzliche Akt in dem großen Drama Obereschleffen vollzieht. Hunderttausende deutscher Volksgenossen werden durch den Gewaltspruch von Genf durch die endgültige Grenzziehung von Deutschland losgerissen. Ich wiederhole nur, was ich am 10. November in meiner Regierungserklärung gesagt habe: „Der Nachspruch des Siegers kann wohl geographische Gebilde zerschneiden und neue Grenzbeine setzen, die geistige und kulturelle Gemeinschaft eines Volkes aber kann er nicht zerschneiden. (Beifall.) Diese Gemeinschaft mit den jetzt unter polnische Herrschaft gelangten obereschleffischen Landesteilen zu wahren und zu pflegen, wird unsere vornehmste Aufgabe sein. (Beifall.) Den Obereschleffern aber, die jetzt wieder unter die deutsche und preussische Staatshoheit zurückkehren, entziele ich von dieser Stelle aus meinen herzlichsten Gruß, mit dem ich aber die erste Mahnung verbinde, in den nächsten Wochen und darüber hinaus kalt Blut zu bewahren! (Beifall.) Wir dürfen uns durch agitatorische und hegerische Reden eines Korfanats oder sonstiger politischer Agitatoren nicht hinreißen lassen. Die Grundlagen zu einem erträglichen Verhältnis zwischen den neuen Grenznachbarn sind in den abgeschlossenen Verträgen geschaffen.“

## Der schnelle Erfolg der Aufstandshäuden

Es auch der preussischen Regierung sehr erwünscht. Wir haben uns angelegen sein lassen, nach dieser Richtung auf die Reichsregierung einzuwirken. Soviel mir bekanntgeworden ist, befindet sich ein entsprechendes Gesetz in Vorbereitung. Eine vorläufige Hilfe ist bereits geleistet worden; die Regierung ist auch bereit, Borschüsse zu leisten. Es kommt alles darauf an, daß das zerrissene und in den letzten Jahren schwer geplagte und geprüfte Obereschleffen endlich zur völligen Ruhe kommt. (Beifall.) Die Bevölkerung wird am ehesten zur Ruhe kommen, wenn die Agitation, in Obereschleffen ein neues Staatsgebilde zu schaffen, sich weniger heftig in den Vordergrund drängt. Selbstverständlich können die Obereschleffer innerhalb zwei Monaten nach Uebergang der Staatshoheit auf Preußen darüber abstimmen, wie sie ihr staatliches Leben gestalten wollen. Ich glaube aber, daß die Obereschleffer einsehen werden, daß es in wirtschaftlichem und kulturellem Interesse des deutsch verbleibenden Teil Obereschleffens liegt,

## ein Bestandteil des großen preussischen Staates zu bleiben

und daß das Bestreben, an der gefährdeten Grenze einen neuen Staat zu schaffen, nicht nur zum Schaden Preußens, und des Reiches, sondern am nachhaltigsten zum Schaden Obereschleffens und seiner Wirtschaft wird. (Sehr wahr!) Berechtigte Wünsche der Obereschleffer sollen befriedigt werden, insbesondere auch durch das Gesetz über die Provinzialautonomie, das demnächst dem Hause vorgelegt werden wird. Die ideale Lösung sehe ich in der Verwirklichung des deutschen Einheitsstaates. Wie die Dinge aber heute liegen, wäre es der allergrößte Fehler, das größte Staatsgefüge jetzt zerschlagen zu wollen, um zu einer Einheit des Reiches zu kommen. (Sehr richtig!) Bisher ist es in wesentlichen gelungen, eine geschlossene Auftreten der preussischen Stimmen im Reichsrat herbeizuführen. Neuerdings ist aber in einer politisch nicht ganz unwichtigen, wirtschaftlich sogar sehr bedeutenden Frage ein Auseinanderfallen der preussischen Stimmen im Reichsrat zu Tage getreten. (Beifall.) (Hört! Hört!) Dadurch, daß man die selbständige Provinzialvertretung für den Reichsrat geschaffen hat, hat man den Einfluß Preußens im Reichsrat noch mehr geschwächt, als es ohnehin schon durch die Reichsverfassung geschwächt worden war. (Beifall.) (Sehr richtig!) Es kann jetzt dahin kommen, daß auch in wichtigen Fragen die preussischen Stimmen dadurch, daß sie sich aufheben, vollständig ausgeschaltet werden. (Beifall.) (Hört! Hört!)

## Das führt nicht zu einer Vereinigung des Reiches.

sondern sicherlich zu einer noch viel größeren Zerrissenheit und Unklarheit als bisher. (Zustimmung.) Ich werde mich weiterhin für ein geschlossenes Auftreten der preussischen Stimmen im Reichsrat bemühen und hoffe, daß sich die Provinzialvertreter den großen Staatsnotwendigkeiten unterordnen werden.

Es ist bisher gelungen, die vier Koalitionsparteien, die nach ihrer Weltanschauung und ihrer politischen und wirtschaftlichen Einstellung ganz verschieden sind, doch zu einem gedeihlichen Zusammenarbeiten zusammenzubringen. Das volle Gleichberechtigung aller Koalitionsparteien, insbesondere, auf dem Gebiete der Provinzialpolitik bestehen muß, unterliegt keinem Zweifel. Naturgemäß sind die linksstehenden Parteien heute weniger in der Verwaltung durch Beamte vertreten, als die der Rechten. Die Deutsche Volkspartei steht, was die Zahl der Beamten und auch die Zahl der Kandidaten anlangt, zweifellos besser da, als die mehr linksstehenden Parteien, die unter dem früheren System nicht nur von der Besetzung der Stellen, sondern auch von der Karriere ferngehalten wurden. (Sehr richtig!) (h. d. Sez.) Ich habe oft den Eindruck, daß eine gewisse politische Mimikry in der Weise Platz gegriffen hat, daß deutschnationale Beamte die volksparteiliche Schutzfarbung annehmen, um sich in ihrer Stellung zu halten oder in leitende Stellen zu kommen. (Heiterkeit.) Das liegt nicht im Interesse der Deutschen Volkspartei und dient auch nicht der Koalition. Ich bitte daher die Volkspartei, darauf ein wachsam Auge zu haben. Die Koalition ist keine Gesinnungsgemeinschaft, sondern lediglich eine Arbeitsgemeinschaft, die aus der Not des Vaterlandes geboren ist. In ehrlicher Arbeitsgemeinschaft wird es gelingen, an dem Wiederaufbau unseres schwer daniederliegenden Vaterlandes zu arbeiten.

Abg. Schulz-Neudöhlen (Komm.) verlangt Beseitigung der preussischen Vertretungen in München und Dresden.

Abg. Dr. Schwering (Z.) gibt eine Erklärung seiner Fraktion ab, in der Stellung genommen wird gegen das uns ausgezwungene Befrennis der Allenshuld, das das Fundament des Verfallener Friedensvertrages bildet.

Abg. Rippel (Nat.): Die Worte von der Regierung sind erfreulich. Ein starkes unversetztes Brechen ist der alleinige Hort für Ruhe und Ordnung und das alleinige Rückgrat des deutschen Volkes.

Abg. Dr. Preuß (Dem.): Das preussische Problem läßt sich nicht lösen, solange die fremde Besetzung im Rheinlande steht. So lange die Außengrenzen des Reiches bedroht sind, so lange ist unsere Politik auf ein einheitliches Reichsgehe zu richten.

Ministerpräsident Braun: Es ist behauptet worden, Kleine Anfragen sind von der Regierung erst sehr spät und ungenügend beantwortet, wenn sie aus Kreisen außerhalb der Koalition herrühren. Es werden in dieser Beziehung absolut keine Parteiunterschiede gemacht.

## Mit der nachträglichen Vereidigung des Eiserernen Kreuzes muß Schluss gemacht werden.

Es muß da bei dem ergangenen Erlaß verbleiben. Wenn gesagt wurde, eine wahrhaft demokratisch orientierte Regierung dürfe nicht mit Beamten- und Angestelltenorganisationen verhandeln, so scheint es uns gerade dem demokratischen Gedanken zu entsprechen, wenn die Regierung bei der Vorbereitung der Gesetze mit den großen Organisationen in Fühlung tritt; was den landwirtschaftlichen und Hausbesitzerverbänden recht ist, ist den Beamten- und Arbeiterorganisationen billig. Ein Gegensatz zwischen meiner Mahnung an die Obereschleffer und dem Verhalten zu den Selbstschützern besteht nicht. Allerdings hat ein früherer Kommunist öffentlich erklärt, daß im Auftrage der kommunistischen Partei mit zwei der schärfsten Organisationen des Selbstschutzes ver-

# 11. Deutscher Gewerkschaftskongress.

Leipzig, 22. Juni. (Eigener Drohtbericht.)

In der Debatte über das Referat Einzelheimers spricht Enderle (Metallarbeiter) über die Gedanken des Wissenschaftlers und Ethikers und stellt ihnen die Politik der Kommunisten gegenüber.

Ambrecht begründet die Resolution des Bundesvorstandes und des Bundesausschusses. Die Entschlieung der Kommunisten enthalte keinen Hauch von Kommunismus, sondern sei einleider Dilettantismus auf dem Gebiete des Arbeitsrechts. Die Aussprache, an der sich je ein Vertreter der Bäcker und Musiker beteiligten, wird noch kurzer Dauer durch einen Schlußantrag beendet.

Singheimer betont in seinem Schlußwort, seine Forderung nach einer einheitlichen Arbeitsbehörde bedeute nicht, daß die Vermaltung und Rechtsprechung in einer Person, wohl aber in einer Behörde zusammengefaßt werden. Die Arbeitsbehörde solle die lebendige Arbeitsgemeinschaft aller jener sein, die in der Arbeitsvermittlung und Arbeitsrechtsprechung tätig sind. Das Vertrauen gegen die Justiz und die Antipathie gegen den Plan, sie in die Arbeitsrechtsprechung einzubeziehen, sei nicht unberechtigt. Es sei ein Miß, daß das deutsche Volk sich in seiner Leidenschaft für die Berechtigten gegen jedes Unrecht auflehne. Wenn es anders wäre, würde es untergehen. Die Rechtsprechung erinnert den Redner daran, daß sie ihre Aufgaben nicht erfüllen kann, wenn sie nicht das Vertrauen des Volkes genießt. Die Auswache der Justiz könne man aber dann, wenn man sie einleider in das pulsierende Leben der sozialen Rechtsprechung. Dort läme sie eher mit dem Volke zusammen und lerne dort dessen Rechtsempfinden kennen.

Den Kommunisten erwidert Dr. Singheimer, daß man mit Macht allein keine Politik treiben könne.

## Das ist Ludendorfferel.

Wenn man die Macht hat, so fährt der Redner fort, muß man auch wissen, was man damit anfangen will. Unser Unglück war, daß wir auf die Nachtergreifung geistig nicht vorbereitet waren, als am 9. November die rote Fahne hoch ging. Auf dem Weg zur Macht liegt daher jede Bildung und Kulturbereit. Ein kleiner Beitrag zu der Frage, „was fangen wir mit unserer Macht an“ ist auch die Ueberlegung über das Arbeitsrecht. Leider gab uns der Kommunismus keine Zeit zum Nachdenken und keine Antwort auf die Frage, was wir tun sollen, wenn wir die Macht haben. Wollen wir den ungeheuren Apparat der kapitalistischen Gesellschaft in die Hand bekommen, dann müssen wir immer daran denken, daß Macht allein uns dazu nicht in die Lage versetzt.

## Macht und Geist gehören zusammen!

Das Schicksal der deutschen Arbeiterschaft fordert, daß Sie das nicht außer acht lassen. (Stürmischer Beifall.)

Darauf tritt der Kongress in die Mittagspause ein.

## Nachmittagsitzung.

Ein Zusatzantrag zur Entschlieung des Bundesvorstandes und Ausschusses, in dem gefordert wird, daß mit allen gewerkschaftlichen Mitteln die Durchführung der Schlichtungsordnung verweigert werden muß, wird in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Die Resolution des Bundesausschusses mit der Forderung, daß Ueberarbeit nur in besonderen Ausnahmefällen zulässig sein soll und daß an den Beschlüssen des Kongresses von Rom in bezug auf das Arbeitsrecht und den Achtstundentag festgehalten wird, wird angenommen. Desgleichen werden zwei Anträge der Eisenbahner angenommen, die Geltung des Grundgesetzes „kein Koalitionsrecht ohne Streikrecht“ auch für die Beamten des Reiches anzuerkennen. Dann spricht der Kongress den Textilarbeitern, die bereit stehen, den Anschlag der Unternehmer auf die 46-Stunden-Woche abzuwehren, seine Sympathien aus.

Waldmann ergreift Benosse Wiffels das Wort zu seinem Referat über Arbeitsgemeinschaften und Wirtschaftsräte. Wiffel führt u. a. aus: Wir stehen erst am Anfang der wirtschaftlichen Neuordnung. Wir schaffen jetzt die erste Etappe auf einem Wege, von dem wir noch nicht wissen, ob er in Sozialismus mündet. Unser Ziel ist, einen Wirtschaftszustand zu schaffen, in dem keine Arbeitskraft gekauft, kein Lohn gezahlt und kein Profit gemacht wird. Der Arbeiter muß Herr seiner Arbeitskraft, Herr des Arbeitsprozesses und Herr des Arbeitsergebnisses sein. Neben den alten Aufgaben der Gewerkschaften sind neue entstanden. Sie erfordern von uns Erfahrungen, die wir nicht besitzen.

wel wir vor dem Kriege nicht über sozialpolitische Aufgaben hinausgegangen sind. Die Not der Zeit hat die Erkenntnis gebracht, daß der Wiederaufbau die Kräfte der Arbeiterschaft nicht entbehren kann. Das hat den Arbeiter zum gleichberechtigten Subjekt der Wirtschaft hinaufgehoben.

Gegen die Arbeitsgemeinschaften werden heute dieselben Argumente geltend gemacht, die man vor zwanzig Jahren gegen die Tarifverträge ins Feld führte. Der tiefere Sinn der Wirtschaftsgemeinschaft ist, die Arbeiter als Gleichberechtigte an der Wirtschaftsgestaltung zu beteiligen. Wer

es genügt nicht, Rechte zu fordern, wir müssen auch diese Rechte erfüllen können und den Mut und die Energie haben, an der Entwicklung mitzuarbeiten. Der lange und jähe Wirtschaftskampf wird nur dann von Erfolg sein, wenn wir Wirtschaftsführer gewinnen und heranzubilden. Wenn die Träger des Klassenkampfgedankens sich hermetisch abschließen und sich weigern, mit den Unternehmern an einem Tisch zu sitzen, dann bereiten sie diesen nur eine Freude. Sehr oft ist diese Weigerung auch der Ausbruch eines Mangels an Vertrauen, den Unternehmern geistig gewachsen zu sein. (Widerspruch bei den Unabhängigen.) Gerade diejenigen, die kein Vertrauen in ihre eigene Kraft haben, hätten alle Veranlassung, Leute heranzubilden, die sich von den Unternehmern nicht an der Nase herumführen lassen. (Beifall.) Nicht einzelne, sondern die ganze Arbeiterklasse muß befähigt werden, den Klassenkampf zu führen. Die großen Probleme unseres Wirtschaftslebens können

## nicht auf dem Wege der Gesehgebung allein

erledigt werden. Notwendig ist dazu die Mitarbeit aller, die im Wirtschaftsleben stehen. Weil der Krieg die Möglichkeiten zur Verwirklichung unserer Ziele zum großen Teil vernichtet hat, haben wir ganz besonders die Pflicht, am Wiederaufbau mitzuarbeiten.

In bezug auf die Wirtschaftsräte fordert Redner die Erfüllung der Verfassungsbestimmungen. In den verschiedensten Beratungsgörperschaften sind die verfassungsmäßigen Rechte der Arbeiter nicht gewahrt worden. Die Gewerkschaften dürfen keine Körperschaft anerkennen, in der nicht der Grundgedanke der paritätischen Gleichberechtigung verwirklicht wurde. Die Arbeiter haben in dieser Beziehung schon allzuviel Geduld geübt. Die Forderung der gleichberechtigten Mitwirkung in den Kammern ist nur zu gerechtfertigt. Die Unternehmer treten jetzt für Arbeiterkammern ein, weil sie dann in ihren Kammern ungezügelter arbeiten können. Heute geht der Kampf um die Teilnahme der Arbeiter an der Wirtschaftspolitik. Der Artikel 165 der Reichsverfassung bedeutet eine eroberte Stellung, die ausgebaut werden muß. Die Wirtschaft ist nicht mehr Sache eines einzelnen, sondern Sache der Allgemeinheit. Grundgedanke soll sein, daß alle Wirtschaftspragen einer Industriebranche in gemeinsamen Beratungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geregelt werden. Nur über die paritätischen Kammern, aus denen auch die paritätischen Wirtschaftsräte hervorgehen müssen, führe der Weg zum Reichswirtschaftsrat. Wir müssen

## eindringen in alle Nachpositionen.

des Unternehmertums, und darum die Forderung nach voller Gleichberechtigung. Das ist eine notwendige Zwischenstufe, die nicht übergangen werden kann. (Beifall.)

Als Korreferent erhält Simon (Schuhmacher) das Wort. Er sagt: Der Wortlaut der Reichsverfassung ist nicht ausschlaggebend, sondern die wirtschaftlichen Machtverhältnisse. Je mehr wir uns vom November 1918 entfernen, desto mehr werden die Errungenschaften der Revolution abgebaut, desto mehr gewinnt der Kapitalismus an Einfluß. Die Gleichberechtigung, die den Arbeitern gegeben wurde, ist nur formal. Ein Beispiel dafür ist die Vorlage der neuen Schlichtungsordnung, die den höchsten Beifall der Rechtsparteien gefunden hat. Die Arbeitsgemeinschaften stehen auf dem Boden des Ausgleichs der Interessengegensätze. Sobald es gilt, ist etwas im Interesse der Arbeiter zu tun, versagen die Arbeitsgemeinschaften. Wiffel sprach auch sehr viel von der Gleichberechtigung in den Wirtschaftsräten, die in der paritätischen Zusammenfassung und darin zum Ausdruck kommen, daß die Räte Gutachten abgeben können. Das ist ein Irrtum. Die Unternehmer haben nicht die gleiche Zahl unserer Vertreter gegenüber, sondern Herrsch-Dundersche, Neutrale und Verbraucher. Die Verbraucher vertreten aber zumeist Unternehmerinteressen. Ein paritätisches Gutachten ist bald ein schlechtes Kompromiß. In

## reinen Arbeiter- und Unternehmerkammern

können wir unsere Gutachten so abgeben, wie wir es wollen. Dann haben unsere Vertreter im Reichstag einen günstigeren Stand. Schon Hue hat in Köln reine Arbeiterkammern verlangt. Die Gründe, die er damals dafür ins Feld führte, sind auch heute noch ausschlaggebend. Bei Verhandlungen mit den Unternehmern hat der Arbeitervertreter die Macht hinter sich, die ihm seine Organisation verleiht. In der Arbeitsgemeinschaft kommt aber nicht diese Macht, sondern die Ueberlegenheit des Kapitals zum Ausdruck. Wir finden nicht nur eine starke Vermehrung, sondern auch eine unerhörte Festigung des Kapitals. Wie glaubt man in der Arbeitsgemeinschaft die Sozialisierung herbeizuführen? Die Arbeitsgemeinschaft als eine Vorstufe des Sozialismus zu bezeichnen, ist absurd. Eine ganze Reihe von Organisationen sind nicht in der Arbeitsgemeinschaft vertreten. Diese sind daher nur ein Torso. Unsere Gewerkschaftsmitglieder sind noch nicht alle Sozialisten. Sie können bei der Politik der Arbeitsgemeinschaften zu dem Glauben kommen, die Harmonie nach Hirsch-Dunder sei das Mittel, ihre wirtschaftliche Befreiung zu erlangen. (Beifall.) (Beifall bei den Unabhängigen.)

Nach einer energischen Zurückweisung der Berichterstattung der „Leipziger Volkszeitung“ durch die Kongressleitung werden die Verhandlungen auf Freitag vormittags 8 Uhr vertagt.

handelt worden ist, um diesen Selbstschutz zum Kampfe gegen die Regierung zu veranlassen. Den Hamburger Wünschen wollen wir so weit entgegenkommen, als es sich um den Ausbau des Hofens und um die Erhaltung seiner Leistungsfähigkeit handelt.

Abg. Hellmann (Soz.): Wir bekämpfen die Schuldfrage, wenn behauptet wird, daß Deutschland den Krieg gewollt habe. Den Gegnern war die „Kriegsschuld“ nur Mittel zum Zweck. Poincaré hatte Kriegsziele, bevor etwas über Deutschlands Kriegsschuld verhandelt. Zweifellos hat Eisner schwere Fehler begangen, aber er hat es in ehrlichem Glauben getan. Die Gegner werden dem Fehdbuch-Urteil wenig Wert beilegen. Die Revolution mußte kommen insofern der Tüchtigkeit eines unfähigen Monarchen. Wir wollen einen möglichst einmütigen Beschluß herbeiführen, wir beantragen deshalb, in dem deutschnationalen Antrage zu sagen, daß Deutschland den Krieg „nicht allein und absichtlich“ verschuldet habe. (Beifall links.)

Nach Ausführungen weiterer Redner wird die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr vertagt. Schluß nach 1/6 Uhr.

## Deutscher Hutarbeiterverband.

### Zur 13. Generalversammlung.

Im Dresdener Gewerkschaftshause tagt am 26. Juni und folgende Tage die 13. ordentliche Generalversammlung des Deutschen Hutarbeiterverbandes. Er wird sich besonders mit der Verknüpfungstrage befassen. Zuletzt hat eine Abstimmung im Dezember 1920 mit 6654 gegen 4928 Stimmen die Verschmelzung mit dem Velleidungsbauarbeiterverband abgelehnt.

Der Hutarbeiterverband stärkte sich seit seiner letzten Generalversammlung sehr wesentlich und vermochte so auch die Lohnverhältnisse in Verzug viel mehr als früher zu

besinnlichen. Das Jahr 1919 wurde unter dem Einfluß der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse für den Verband das Rekordjahr des Mitgliederzuwachsungs. Von 10616 stieg die Mitgliederzahl auf 20 255. Insbesondere die Arbeiterinnen strömten dem Verbande zu und Ende 1919 waren 13 854 Hutarbeiterinnen organisiert, 6884 mehr als zu Anfang des Jahres. In der Hutindustrie, aus der der stärkste Zustrom erfolgte, waren aber auch Monatslöhne von 30 bis 40 M. noch zu Anfang des Jahres 1919 keine Seltenheit. Nun setzte natürlich eine Wera der Lohn- und zugleich Tarifpolitik ein, die dann die Grundlage für eine durch Kämpfe in den letzten Jahren erzielte weitere Steigerung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse abgaben. Das Jahr 1920 brachte für den Verband eine neue Zunahme von 2951 Mitgliedern. Aus der Sprunghaftigkeit war eine größere Stabilität geworden. 1921 stieg die Mitgliederzahl wiederum um 4202. Unter den am Schluß dieses Jahres vorvorhandenen 27 408 Mitgliedern befanden sich 8763 männliche, 12 655 weibliche.

Die vielen Lohnbewegungen des Verbandes waren fast in allen Fällen gleichbedeutend mit Tarifverhandlungen. Keine Branche des Tarifs ist mehr ohne zentralen Tarif. Die Verhältnisse der letzten Zeit bringen es aber mit sich, daß manche Tarifabmachungen, kann daß sie zustande kamen, wieder gebündigt werden müssen, um neue Lohnforderungen zu erheben. Gegen die zentralen Lohnabmachungen besteht in manchen Branchen oder Orten eine Gegenströmung, dazu wird die Generalversammlung Stellung nehmen.

Der Hauptklassenbestand des Verbandes betrug Ende 1921 1 846 450 M. gegen 603 881 M. am Jahresanfang und 106 678 M. zu Anfang 1919. So günstig dieser Kassenzustand erscheinen mag — er ist zu bewerten mit Rücksicht auf den Tiefstand der Markt. Danach wird der Verbandstag auch die Verneuerung der Beiträge zu beurteilen haben. Wir werden über die Verhandlungen am Schluß zusammenfassend berichten.

